



Landeshauptstadt München, BA-Geschäftsstelle Nord
[Hanauer Str. 1, 80992 München](#)

Mitglieder und Gäste
des Bezirksausschusses 9
Neuhausen – Nymphenburg

Vorsitzende
Leonie Lobinger

E-Mail: vorsitz@ba09.de

Geschäftsstelle:
Hanauer Str. 1
80992 München
Telefon: 233-728022
E-Mail: BA9@muenchen.de

Protokoll

**zur Sitzung des Bezirksausschusses 9
am 28. April 2026 ab 19:00 Uhr
im Kultur im Trafo / Saal,
Nymphenburger Str. 171 a, 80634 München**

1. Feststellung über die form- und fristgerechte Ladung, Beschluss über die TO, Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

- 1.1 Aufgrund eines krankheitsbedingten Ausfalls von Frau Lobinger übernimmt Frau Nasko heute die Sitzungsleitung.
- 1.2 Anwesenheit gem. Anwesenheitsliste. Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäße Ladung werden festgestellt. Die Sitzung findet (für BA-Mitglieder und Presse) als Hybrid-Sitzung statt.
- 1.3 Beschluss über die Tagesordnungen
Den Tagesordnungen (in der Version der hiesigen öffentlichen Tischvorlage sowie in der Version der nicht-öffentlichen Tischvorlage) zur BA-Sitzung am 28.04.2026 wird ohne weitere Nachträge jeweils **einstimmig zugestimmt**.
- 1.4 Genehmigung der Protokolle der vergangenen Sitzung am 17.03.2026
Zustimmung, einstimmig
- 1.5 Amtsverlust von Herrn Karlheinz Meißle;
Amtseinführung von Herrn Peter Schlink
in den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg

Herr Schlink nimmt das Amt an und wird vereidigt.

- 1.6 Frau Nasko spricht ein kleines Dankeschön im Namen des Gremiums an einen Mitarbeiter der BA-Geschäftsstelle aus, welcher in den letzten Monaten vertretungsweise die Sachbearbeitung übernommen hatte. Sie dankt auch den ausscheidenden Kolleg*innen im Gremium, und stellt fest, dass fast das gesamte Gremium heute vertreten ist.

Im Anschluss an die Sitzung wird ein kleines Beisammensein stattfinden. Für alle ausscheidenden Mitglieder*innen wird ein kleines Präsent bereitgestellt.

2.1 Anliegen von Bürger*innen

1. Eine Bürgerin aus dem Stadtbezirk tritt vor und äußert ihre Bedenken hinsichtlich der unzureichenden Parkmöglichkeiten im St. Vinzenz Viertel. Sie berichtet, dass die Problematik sowohl Autos als auch Fahrräder betrifft und dass sie in der Vergangenheit bereits mehrmals eine Stunde nach einem Parkplatz gesucht hat. Obwohl sie eine Garage besitzt, gestaltet sich das Einfahren aufgrund der geringen Größe als schwierig. Es sei sehr herausfordernd, eine bezahlbare Garage zu finden. Die Bürgerin weist darauf hin, dass die aktuelle Situation durch Baustellen und eine maximale Belegung von 50 % zusätzlich verschärft wird. Mit der bevorstehenden Öffnung der Schanigärten werde sich die Parkplatzsituation weiter zuspitzen, da dann nur noch ein Drittel der Parkplätze zur Verfügung stehen werden. Sie zeigt Verständnis für die Bestrebungen, Autos aus der Stadt zu verbannen, weist jedoch darauf hin, dass viele Mitarbeiter, insbesondere von BMW, weiterhin mit dem Auto zur Arbeit fahren, da sie die Fahrzeuge kostengünstig nutzen können. Die Bürgerin fordert eine Sensibilisierung für die Problematik der Parkplatzsituation sowie die Auswirkungen von Baustellen auf das Gewerbe. Sie betont, dass zusätzliche Baustelleneinrichtungen Platz benötigen und dass es wichtig sei, die Interessen der Anwohner und Gewerbetreibenden in dieser Diskussion angemessen zu berücksichtigen.

Herr Lipkowitsch betont die Bedeutung der Bauvorhaben für die Infrastruktur und weist darauf hin, dass die Anzahl der Parkplätze im Stadtbezirk unzureichend ist, während der öffentliche Raum gleichzeitig wächst. Er stellt fest, dass der Bezirksausschuss keine Möglichkeiten hat, zusätzlichen Parkraum zu schaffen, weshalb Parklizenzegebiete eingerichtet werden. Des Weiteren merkt er an, dass die Strategie, Autos aus der Stadt zu verbannen, nicht einfach umzusetzen sei, da die Fahrzeuge zunehmend größer werden. In Bezug auf die Schanigärten erklärte Herr Lipkowitsch, dass diese lokale Attraktivität schaffen und auf privaten Initiativen basieren. Abschließend stellte Herr Lipkowitsch fest, dass die Lebensqualität in der Stadt steigt und Entscheidungen häufig zugunsten der Gastronomie getroffen werden.

Herr Lirawi betont, dass die Stadt wächst, während die Anzahl der Parkplätze nicht im gleichen Maße zunimmt. Diese Diskrepanz führt zu einem erhöhten Parksuchverkehr, was wiederum die Unfallgefahr und das Risiko von Personenschäden erhöht. Er plädiert dafür, die Schaffung von mehr Anwohnerparkplätzen unter der Erde intensiver voranzutreiben, um die bestehende Parkplatzsituation zu entlasten. Darüber hinaus weist Herr Lirawi darauf hin, dass die Kommunen in der gegenwärtigen finanziellen Lage kaum in der Lage sind, solche Maßnahmen zu finanzieren. Dies unterstreicht die Notwendigkeit einer strategischen Planung und Unterstützung durch übergeordnete Stellen.

2. Eine weitere Bürgerin aus Neuhausen-Nymphenburg berichtet über die problematische Verkehrssituation am Nymphenburger Gymnasium. Sie hat Schwierigkeiten, aus ihrer Garage herauszukommen, da Schulbusse die Zufahrt blockieren und häufig gehuppt wird. Sie hat bereits mit der Rektorin gesprochen, um eine Haltezone für Eltern und Schulbusse einzurichten. Zusätzlich weist sie auf die Parkplatzsituation am U-Bahnhof Westfriedhof hin, wo auswärtige Tagesparker die Parkplätze belegen, was insbesondere ältere Menschen zum Verhängnis wird. Viele Fahrzeuge parken zudem auf dem Gehsteig, was den Zugang zur nahegelegenen Kindertagesstätte erschwert. Die Bürgerin hat bereits die Polizeiinspektion in Moosach kontaktiert, die sich jedoch nicht zuständig fühlt. Sie fordert die Einführung einer Tempo-30-Zone und Anwohnerparkplätze sowie die Kennzeichnung der Straße als Einbahnstraße, um die Verkehrssituation zu verbessern.

Herr Lipkowitsch informiert die Anwesenheit, dass das Thema bereits bekannt ist und in der Vergangenheit mehrfach versucht wurde, Lösungen zu finden. Er zitiert aus einem Antwortschreiben, in dem die Polizeiinspektion mitgeteilt hat, dass in dieser Angelegenheit keine Maßnahmen ergriffen werden. Eine Veränderung der Straßenführung sei nicht möglich, weshalb die Frage aufkam, welche Alternativen dennoch in Betracht gezogen werden können. Er weist darauf hin, dass das Kreisverwaltungsreferat mobile Blitzer einsetzt. Herr Lipkowitsch betont, dass man lediglich anregen kann, in der Sadelerstraße zu blitzen. Die Möglichkeit, einen Schulbus einzusetzen, sei ebenfalls zu prüfen, jedoch könne die Stadt dies nicht anordnen; die Nymphenburger Schule müsse ebenfalls zustimmen, dass diese Maßnahme umgesetzt wird. Er merkt an, dass, wenn der Bus hält, möglicherweise auch Eltern in der Haltezone parken würden. Eine Haltezone in der Schulstraße sei nicht möglich, da sich dort ein Gymnasium befindet. Zudem sei eine Tempo-30-Regelung in der Baldurstraße nicht umsetzbar, da die Straßenverkehrsordnung die Regelgeschwindigkeit in der Stadt nicht zulasse. Eine Regelung könnte eventuell für den Kindergarten gelten, jedoch sei der Bereich eng.

Die Bürgerin erläutert ihre jüngsten Beobachtungen. Viele ältere Menschen können am besagten Standort die Straße nicht ungehindert überqueren.

Herr Lipkowitsch schlägt vor, einen Fußgängerüberweg einzurichten. Er erinnert daran, dass bereits im Jahr 2019 ein entsprechender Antrag gestellt wurde, der beim Mobilitätsreferat auf offene Ohren gestoßen sei, jedoch aufgrund fehlender Budgetmittel nicht realisierbar war.

Frau Nasko weist darauf hin, dass man sich an die Schule wenden könne, um das Anliegen weiter zu verfolgen. Sie bittet zudem darum, dieses Thema auf die Tagesordnung für die Sitzung im Juni zu setzen.

3. Eine Bürgerin aus der Washingtonstraße tritt vor und äußert ihre Bedenken hinsichtlich der Müllsituation in ihrem Wohngebiet. Sie berichtet, dass die Müllcontainer auf dem Bürgersteig abgestellt sind, während das vorhandene Müllhäuschen leer steht. Die Bürgerin erklärt, dass sie sich bereits an die Münchner Wohnen GmbH gewandt habe, die ihr Anliegen an den Hausmeister weitergeleitet hat. Leider erhielt sie keine zufriedenstellende Antwort. Zudem kontaktierte sie die AWM, die versprach, sich um das Problem zu kümmern, jedoch bisher keine Maßnahmen ergriffen hat. Die Bürgerin fordert eine Lösung für die Müllsituation, um die Sauberkeit und Lebensqualität in der Washingtonstraße zu verbessern.

Frau Piesczek informiert die Anwesenden, dass das Anliegen auf der Tagesordnung steht und mit der Bitte um Prüfung und Stellungnahme weitergeleitet wird. Die Bürgerin wird in den nächsten Wochen eine Antwort durch das zuständige Fachreferat erhalten.

2.2 Fragen an die Polizeiinspektion

1. Herr Lipkowitsch wendet sich an den anwesenden Vertreter der Polizeiinspektion 42 bezüglich der Blitzer an der Landshuter Allee. Er erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Installation und der Funktionsweise der Blitzer in diesem Bereich.

Die Polizeiinspektion 42 informiert, dass sich auf der Rampe zur Donnersberger Brücke keine Blitzer befinden, ebenso wenig auf der Brücke selbst. Insgesamt sind vier Blitzer in der Landshuter Allee vorhanden, von denen zwei in Betrieb sind. Diese blitzen jeweils nur einmal pro Richtung, jedoch ist nicht bekannt, welche der Blitzer aktiv sind. Allerdings bestätigt der anwesende Bedienstete, dass die installierten Blitzer funktionieren.

2.3 Berichte der Beaufragten

1. Frau Rugel betont, dass der Bezirksausschuss stets hinter den Senioren steht. Sie weist darauf hin, dass das viel diskutierte Alten- und Servicezentrum (ASZ) derzeit nicht gebaut wird. Frau Rugel äußert die Hoffnung auf viel Erfolg bei den kommenden Beratungen im neuen Bezirksausschuss und betont die Wichtigkeit, die Anliegen der Senioren weiterhin zu unterstützen und in die Planungen einzubeziehen.

2. Herr Züchner präsentiert den neuen Communitykalender, der unter der Adresse kalender-ba9.de zugänglich ist. Dieser Kalender wird insbesondere zur Präsentation von Kultur- und Sozialveranstaltungen eingerichtet und zeigt alle geförderten Veranstaltungen an. Er informiert die Anwesenden darüber, dass er den Kalender bis Ende Juni selbst betreuen wird und bietet an, in der nächsten Sitzung eine kurze Einführung zu geben. Herr Züchner ermutigt alle, den Kalender regelmäßig zu besuchen, um über aktuelle Veranstaltungen informiert zu bleiben. Zusätzlich erwähnt er die Einführung eines neuen virtuellen Linux-Servers. Er weist darauf hin, dass die bestehenden Server ab Ende Mai nicht mehr verfügbar sein werden, was zu Kosteneinsparungen führen wird, da der neue Server eine günstigere Wartung enthält. Frau Stelzer fragt an, ob jedes BA-Mitglied die Möglichkeit hat, selbst die Termine in den Kalender zu importieren. Herr Züchner bestätigt diese Funktion.

3. Unterausschuss für Verkehr

3.1 Entscheidungsfälle

1. (E) Tempo 30-Zone in der Leonrodstraße
BV-Empfehlung Nr. 20-26 / E 02375 der Bürgerversammlung des 09. Stadtbezirkes Neuhau-
sen vom 06.11.2024
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19690

- einstimmig beschlossen Zustimmung

Herr Lipkowitzsch berichtet über die Beschlussvorlage des Mobilitätsreferats, dass aus sicherheitstechnischen Gründen kein Anlass besteht, eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h anzuordnen. Dennoch wurde signalisiert, dass eine Prüfung aus Lärmschutzgründen erfolgen wird, was als ausreichende Begründung für die Anordnung von Tempo 30 dienen könnte. Er betont, dass das MOR, sobald die Prüfung abgeschlossen ist, auf den Bezirksausschuss zukommen wird.

Zustimmung, einstimmig

2. (E) Straßenschild für eine Ladezone in der Nymphenburger Straße
BV-Empfehlung Nr. 20-26 / E 03247 der Bürgerversammlung des 09. Stadtbezirkes Neuhau-
sen vom 24.11.2025
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19691

- einstimmig beschlossen Zustimmung

Zustimmung, einstimmig

3. (E) Erweiterung der Einmündung Fahrradweg in der Menzinger Straße über die Kreuzung Ma-
ria-Ward-Straße / Wintrichring
BV-Empfehlung Nr. 20-26 / E 03235 der Bürgerversammlung des 09. Stadtbezirkes Neuhau-
sen vom 24.11.2025
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19692

- einstimmig beschlossen Zustimmung

Zustimmung, einstimmig

4. (E) Tempo-30-Zone in der Arnulfstraße
BV-Empfehlung Nr. 20-26 / E 03238 der Bürgerversammlung des 09. Stadtbezirkes Neuhau-
sen vom 24.11.2025
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19693

- einstimmig beschlossen Zustimmung

Zustimmung, einstimmig

5. Entscheidung über Sondernutzungserlaubnis (Freischankfläche) gemäß Vollmacht des Oberbürgermeisters vom 09.04.2018
Hier: Albrechtstraße 32

- einstimmig beschlossen Zustimmung
Zustimmung, einstimmig

3.2 Anliegen von Bürger*innen, Anträge

1. SPD-Fraktion: Antrag - Ampelphase Leonrodplatz: Verlängerung der Grünphase an der Tramstation

- einstimmig beschlossen Zustimmung
Zustimmung, einstimmig

2. Antrag auf Errichtung einer Pumuckl-Ampel am Rotkreuzplatz

- einstimmig beschlossen Zustimmung
Zustimmung, einstimmig

3. Parkplatzsituation Alfonsstraße / Albrechtstraße

Bezug zu 3.5.7 – Antwortschreiben durch UA Vorsitzenden – Warum besteht Baustelle/Haltverbot noch für ein Jahr? Informationserhebung durch UA Vorsitzenden – einstimmig beschlossen Zustimmung zum Vorgehen

Sg Fr.,

der BA bemüht sich die Parkplatzsituation rund um die Alfons-/Albrechtstraße zu verbessern. Hierzu können wir Ihnen mitteilen, dass die Parkregelungen vom Mobilitätsreferat zugunsten von mehr Anwohnerparkplätzen verbessert wurden. Ich gehe davon aus, dass der Abbau des Parkscheinautomaten vor Ihrem Haus damit in Verbindung steht. Wir fügen Ihnen das Schreiben bei (Anm. TOP 3.5.7). Wir bemühen uns auch, Kontakt zur Allianz aufzunehmen, um die weitere Nutzung des Gebäudes in Erfahrung zu bringen und die Möglichkeit einer Vermietung an Anwohner zu klären. Wir versuchen ebenfalls mit der SWM zu klären, warum die Verlängerung der Baustelleneinrichtung notwendig ist. Insgesamt wird sich die Situation hoffentlich nachhaltig entspannen, wenn die Arbeiten auf dem Schulcampus abgeschlossen sind.

Zustimmung, einstimmig

4. Antrag Poller Donnersbergerstraße

- einstimmig beschlossen Weiterleitung an Mobilitätsreferat
Zustimmung, einstimmig

5. Derzeitige Verkehrssituation in der Sadelerstraße

- einstimmig beschlossen Weiterleitung an Kommunale Verkehrsüberwachung
Zustimmung, einstimmig

6. Verkehr im Bereich Dom-Pedro-Straße / Frundsbergstraße / Ruffinistraße / Volkartstraße

WV

06/ *- einstimmig beschlossen Nachfrage durch UA Vorsitzenden was gemessen wurde (Blitzer von*
20 *der Kommunale Verkehrsüberwachung) – Vertagung/WV in 06/2026*

26

Sg Hr.,

der BA hat sich beim KVR über die Ergebnisse der jüngsten Blitzer-Aktionen informiert und möchte Ihnen diese gerne weiterreichen.

Unser Antrag zur Aufstellung eines stationären Blitzers vor der Grundschule aus dem Jahr 2024 wurde abgelehnt; siehe dazu folgende Begründung:

Seit 2023 sind für die fraglichen Straßen derzeit 46 Geschwindigkeitskontrollen verzeichnet – die Beanstandungsquoten sind mit aktuellen Werten von 7,54% (Dom-Pedro-Straße), 7,25% (Dom-Pedro-Platz) und von 10,51% (St.-Galler-Straße) in zwei Fällen als klar unterdurchschnittlich und in einem Fall als geringfügig überschritten zu bewerten - der stadtweite Durchschnitt lag zuletzt bei rund 10%. Die örtlich gemessenen Beanstandungsquoten zeigen also keine erhöhten Geschwindigkeitsübertretungen im Vergleich zu anderen Tempo-30-Zonen.

Die aktuellen Messergebnisse mit einer Beanstandungsquote von 14% zeigen, dass die Aufstellung eines stationären Blitzers vor der Dom-Pedro-Schule durchaus gerechtfertigt ist. Wir werden das Mobilitätsreferat zu einer erneuten Bewertung unseres Antrags auffordern.

Zustimmung, einstimmig

7. Konzept für Liefern, Laden, Leisten auf und rund um den Rotkreuzplatz

- einstimmig beschlossen Weiterleitung an Mobilitätsreferat + Sachstandsanfrage mit Terminen / Zeitplan, falls noch nicht vollständig umgesetzt + Beginn mit Einrichtung Lieferzonen stärkere Überwachung, ob dies richtig genutzt wird

SgDuH,

der BA9 bittet um einen Sachstandsbericht zur Einrichtung der Liefer-/Ladezonen rund um den Rotkreuzplatz: Sind alle geplanten Lieferzonen bereits eingerichtet bzw. bis wann ist die Umsetzung abgeschlossen? Insbesondere interessiert uns auch, ob es nach Einrichtung der Lieferzonen verstärkte Kontrollen gibt.

Zustimmung, einstimmig

8. Verkehrssicherheit in der Emma-Ihrer-Straße

- einstimmig beschlossen Weiterleitung an Mobilitätsreferat

Zustimmung, einstimmig

9. Radarkontrolle Donnersbergerbrücke

- einstimmig beschlossen Weiterleitung an Polizei – ggf. Bericht im Plenum

Zustimmung, einstimmig

10. Verkehrssituation Winthirstraße Kreuzung Lachnerstraße

- einstimmig beschlossen Weiterleitung an Mobilitätsreferat + Antwortschreiben UA Vorsitzender

Sg Fr.....,

der BA hatte schon einmal die Einrichtung eines Zebrastreifens an besagter Kreuzung vom Mobilitätsreferat (MOR) prüfen lassen, dies wurde jedoch abgelehnt, wir werden erneut um Prüfung bitten. Da die STVO hinsichtlich der Regeln für die Errichtung eines Zebrastreifens überarbeitet wurden, könnte es sein, dass es zumindest verkehrsrechtlich möglich wäre. Der Bau eines Zebrastreifens, mit notwendiger Beleuchtung und Beschilderung, kostet allerdings ca. 100.000 € und wird deshalb nur in sehr gut begründeten Fällen vom MOR angeordnet. Kurzzeitparkplätze vor einer Kita müssen Sie selbst beim KVR beantragen. Wenn ein entsprechender Bedarf nachgewiesen werden kann (30-40 Kinder, die mit dem PKW gebracht werden) kann eine solche Zone genehmigt werden.

Herr Lipkowitsch berichtet, dass der BA vor einiger Zeit einen Antrag zur Einrichtung eines Zebrastreifens gestellt hat, der jedoch vom Mobilitätsreferat abgelehnt wurde. Die erforderlichen Zahlen in Bezug auf Fußgänger*innen und Fahrzeuge wurden nicht erreicht, da lediglich 400 Autos pro Stunde gezählt wurden. Sollte diese Zahl nicht erfüllt sein, kann kein Zebrastreifen eingerichtet werden. Zudem sei eine Tempo-30-Regelung in diesem Zusammenhang generell nicht möglich. Die Realisierung eines solchen Fußgänger*innenüberwegs ist lediglich in der Nähe von Krankenhäusern, Schulen und ähnlichen Einrichtungen möglich.

Er weist darauf hin, dass sich die Straßenverkehrsordnung (StVO) geändert hat, was die Voraussetzungen für die Einrichtung von Zebrastreifen erleichtert. Dennoch bleibt das Problem bestehen, da die Kosten für die Einrichtung eines Zebrastreifens etwa 100.000 Euro betragen. In den letzten sechs Jahren wurden lediglich ein oder zwei Zebrastreifen errichtet. Diese befinden sich allesamt in der Nähe von Schulen.

Abstimmung im Plenum:

Zustimmung, einstimmig (über eine Wortmeldung einer Bürgerin zu diesem Thema)

Die Leitung des anliegenden Kindergartens berichtet, dass im betreffenden Straßenabschnitt häufig Kinder gebracht und abgeholt werden. Diese Aktivitäten führen zu einer hohen Frequentierung des Verkehrs in diesem Bereich. Es wird angeregt, mögliche Lösungen zu finden, um die Situation zu entschärfen.

Herr Lipkowitsch teilt mit, dass der BA grundsätzlich keine direkten Maßnahmen beispielsweise zur Schaffung von Kurzzeitparkplätzen ergreifen kann. Es besteht jedoch die Möglichkeit, beim Kreisverwaltungsreferat einen Antrag zur Einrichtung einer Kurzparkzone zu stellen. Das KVR wird den Antrag prüfen. Ein Schwellenwert von 30 bis 40 Kindern könnte als Grundlage für die Prüfung herangezogen werden. Zudem ist die Zustimmung des Mobilitätsreferats erforderlich. Herr Lipkowitsch betont, dass die Initiative zur Beantragung einer Kurzzeitparkzone von der Kindergartenleitung ausgehen sollte.

Zustimmung, einstimmig

11. Prüfung der Fußgängerquerung Dachauer Straße / Landshuter Allee stadteinwärts

- einstimmig beschlossen Weiterleitung an Mobilitätsreferat

Zustimmung, einstimmig

12. Prüfung der Zulässigkeit und Dimensionierung des Wartebereichs an Trambahn-Haltestellen

- einstimmig beschlossen Weiterleitung an Mobilitätsreferat

Zustimmung, einstimmig

13. Volkartstraße und Fuetererstraße / Zweckentfremdung öffentlicher Einfahrten zu Parkzwecken
K

Kenntnisnahme

3.3 Anhörungen

1. BA-Anhörung: Sammelbeschluss zu offenen Bezirksausschussangelegenheiten
- Stellungnahmeersuchen des MOR mit Frist bis zum 01.05.2026 –

3 Anträge vom BA 09

1. Antrag

BA Antrag Nr. 20-26 / B02143 vom 20.04.2021 (Straßenvorschläge für die Herabsetzung der Regelgeschwindigkeit auf Tempo 30) → Wird im Einzelfall geprüft. Eine pauschale und flächendeckende Anordnung von Tempo 30 ist aus rechtlichen Gründen nicht möglich.

- einstimmig beschlossen Zustimmung

2. Antrag

BA Antrag Nr. 20-26 / B04458 vom 20.09.2022 (Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten) Nicht möglich, siehe Begründung weiter oben

- einstimmig beschlossen Zustimmung

3. Antrag

BA Antrag Nr. 20-26 / E02373 vom 06.11.2024 (Ausstattung aller Bushaltestellen mit Sitzgelegenheiten) MVG versucht dies, wo immer es möglich ist – nach Abschluss des Projekts werden alle Haltestellen barrierefrei ausgebaut sein.

- einstimmig beschlossen Zustimmung

Zustimmung, einstimmig

2. BA-Anhörung: Mehrjahresinvestitionsprogramm Fortschreibung für die Jahre 2026 bis 2030

- Bezug: TOP 9.3.2 aus 03/2026 - WV in 04/2026 (alle UA) –

- einstimmig beschlossen Zustimmung

Zustimmung, einstimmig

3. BA-Anhörung: Fahrradparksituation in der Albrechtstraße - Temporäre Fahrradabstellplätze vor dem Rupprecht-Gymnasium

- Stellungnahmeersuchen des BAU –

- einstimmig beschlossen Zustimmung

Zustimmung, einstimmig

4. BA-Anhörung: Neues Radverkehrsnetz für München - Stadtbezirksübergreifende Radverkehrsverbindungen

- Stellungnahmeersuchen des MOR mit Frist bis zum 05.05.2026 –

- einstimmig beschlossen Zustimmung

Zustimmung, einstimmig

5. BA-Anhörung: Anpassungen Shared Mobility Konzept im BA 9

- Stellungnahmeersuchen des MOR mit Frist bis zum 21.05.2026 –

- einstimmig beschlossen Zustimmung

Zustimmung, einstimmig

6. Beteiligungsverfahren - Baldurstr. 31 Errichtung einer Zufahrt zum Grundstück

- Stellungnahmeersuchen des BAU mit Frist bis zum 11.05.2026 –

- einstimmig beschlossen Zustimmung Antwortschreiben UA Vorsitzender

SgDuH,

der BA9 sieht die Errichtung einer Zufahrt über den Grünstreifen – Rad- und Fußweg kritisch und lehnt diese ab. Dem Nutzen der legalen Erreichbarkeit eines Stellplatzes steht der Verlust / Verlagerung mindestens zweier Behinderten-Stellplätze entgegen. Aus unserer Sicht ist es zielführender und erheblich kostengünstiger, einen der drei Stellplätze vor der Baldurstraße 29 als Sonderparkplatz für diese Einrichtung auszuweisen. Zudem erscheint eine Schädigung der Baumwurzeln durch diese Zufahrt wahrscheinlich und nicht verhältnismäßig für die Nutzung dieses einen Parkplatzes, den wir uns übrigens auch gut mit Abstellbügel für Fahrräder vorstellen können.

Zustimmung, einstimmig

3.4 Antwortschreiben

1. Antrag - Behindertenparkplätze barrierefrei gestalten
K - Bezug: TOP 3.2.2 aus 12/2025 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 08505

Kenntnisnahme

2. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Ladestationen für E-Fahrzeuge in der Rupprechtstraße" - Antwortschreiben des MOR
K - Bezug: TOP 3.2.9 aus 02/2026 –

Kenntnisnahme

3. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Einrichtung einer Schulstraße für die Margarete-Danzi-Straße" - Antwortschreiben des MOR
K - Bezug: TOP 3.2.12 aus 11/2025 –

Kenntnisnahme

4. Antrag - Amperstraße - Verkehrsregeln ermöglichen
- Bezug: TOP 3.2.2 aus 01/2026 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 08613
- *einstimmig beschlossen Antwortschreiben Martin Züchner*

*Sehr geehrte Damen und Herren,
Wir nehmen dankend zur Kenntnis, dass eine verkehrsrechtliche Anordnung aus Gründen der Schulwegsicherheit nicht umsetzbar ist. Da die Situation ansonsten ähnlich wie in der Winfriedstraße mit Christoph-Rapparini-Bogen ist (keine Schulwegrelevanz an dieser Stelle wie auch ein unauffälliges Unfallgeschehen), stellt sich uns die Frage, warum aus Gründen der Umsetzung der Vorfahrtsregel nach § 8 Abs. 1 Satz 1 StVO („Rechts vor Links“) nicht eine verkehrsrechtliche Anordnung trotz § 12 Abs. 3 StVO möglich ist. Die Vorfahrtsregel gilt auch im Vergleichsfall und dort gibt es explizit eine solche Anordnung eines absoluten Halteverbots. Wir wären Ihnen dankbar ihre Entscheidung dahingehend nochmal zu prüfen. Vielen Dank!*
Zustimmung, einstimmig

5. Antrag - Wege zum SAP Garden (besser) beschildern
K - Bezug: TOP 3.2.11 aus 11/2024 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 07260

Kenntnisnahme

6. Die Tram-Westtangente für Tramwagen der neuesten Generation
- Bezug: TOP 3.2.14 aus 07/2020 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 00413

- einstimmig beschlossen Nachfrage bei Mobilitätsreferat / MVG, da unverständlich

*SgDuH,
der BA9 ist überrascht, dass nur das Teilstück der Tramwesttangente südlich des Waldfriedhofs so geplant wurde, dass breitere Züge eingesetzt werden könnten. Wir bitten um Prüfung, ob dies wirklich der Fall ist und was ggfs. der Hintergrund dieser (aus unserer Sicht Fehl-) Planung ist.*

Zustimmung, einstimmig

7. Möglichkeiten gegen schlechte Parkplatzsituation am Rondell Neuwittelsbacher Straße / Aiblingerstraße / Flüggenstraße
K BV-Anfrage Nr. 20-26 / Q 00775

Kenntnisnahme (Info: lt. MOR vor 2028 nicht mit Parklizenzgebiet Romanstraße zu rechnen)

8. Antrag - Verbesserung der Verkehrssituation vor der Eisdielen Sarcletti - Antwortschreiben des MOR zur Stellungnahme des BA 9
- Bezug: TOP 3.4.1 aus 02/2026 –

- Weiterleitung an das Baureferat mit der Bitte um Umsetzung der niedrigen Leitschwellen

SgDuH,

der BA9 bittet das Baureferat in der Nymphenburgerstraße in Höhe der Einmündung Schulstraße den durchgehenden Mittelstreifen zusätzlich mit aufgeklebten Klapp-Baken zu versehen. Damit soll das illegale, aber häufige und unfallträchtige Abbiegen von KFZ aus der Nymphenburgerstraße in die Schulstraße reduziert werden. Das MOR hatte den Wunsch des BA9 bereits positiv geprüft.

Zustimmung, einstimmig

9. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Schleichweg Schulstraße" - Antwortschreiben des MOR
K - Bezug: TOP 3.2.19 aus 03/2026 –

Kenntnisnahme

10. Bestellung einer städtischen Leistung (BSL): Dialog-Display am Standort "Luise-Ullrich-Straße" (auf Höhe der Grundschule an der Helmholtzstraße)
K BA-Antrag Nr. 20-26 / B 07597

Kenntnisnahme

11. Antrag - Ausschilderungen an U-Bahnhöfen präzisieren
K - Bezug: TOP 3.2.4 aus 11/2025 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 08366

Kenntnisnahme

12. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Verkehrsaufkommen in der Gunther-, Kriemhilden- und der De-La-Paz-Straße" - Antwortschreiben des MOR
K - Bezug: TOP 3.2.5 aus 03/2026 –

Kenntnisnahme

13. W-Lan in den U-Bahnhöfen Maillingerstraße, Rotkreuzplatz, Gern und Westfriedhof
K - Bezug: TOP 3.4.7 aus 04/2023 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 03712

Kenntnisnahme

14. Antrag - Die Miteinander-Haltelinie für den Radverkehr
K - Bezug: TOP 3.2.6 aus 11/2025 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 08367

Kenntnisnahme

15. Entscheidung gemäß Vollmacht des Oberbürgermeisters vom 09.04.2028 über Standortgenehmigung für Parkscheinautomaten
K Änderung Parklizenzgebiet St.-Vinzenz-Viertel / Marlene-Dietrich-Straße - Antwortschreiben des BAU
- Bezug: TOP 3.1.4 aus 02/2026 –

Kenntnisnahme

16. Antrag - Maßnahme zur Freihaltung Straßen-Übergang
K - Bezug: TOP 3.2.2 aus 09/2025 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 08184

Kenntnisnahme

17. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Parkplatz-Such-Verkehr im Neubaugebiet südlich des Hirschgartens (westlich Wilhelm-Hale-Strasse) - Antwortschreiben der PI 42
K - Bezug: TOP 3.2.4 aus 03/2026 –

Kenntnisnahme

18. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Verkehrssituation Volkartstraße in Neuhausen-Nymphenburg" - Antwortschreiben des MOR
K - Bezug: TOP 3.2.12 aus 03/2026 –

Kenntnisnahme

19. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Verkehrsberuhigung Volkartstraße" - Antwortschreiben des MOR
K - Bezug: TOP 3.2.18 aus 03/2026 –

Kenntnisnahme

20. Antrag - Sichere Tram-Haltestellen in Mittellage
K Bezug: TOP 3.2.17 aus 09/2023 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 05921

Kenntnisnahme

21. BA 9: Antrag - Endlich sichere Tram-Haltestellen in Mittellage
K - Bezug: TOP 3.2.16 aus 05/2025 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 07804

Kenntnisnahme

22. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Anfrage bezüglich fehlender Fahrradabstellplätze am Rupprechtgymnasium in der Albrechtstraße" - Antwortschreiben des MOR
K - Bezug: TOP 3.2.20 aus 01/2026 –

- einstimmig beschlossen ergänzendes Antwortschreiben UA Vorsitzenden

SgH.,

Ihrem Wunsch nach mehr Fahrradabstellplätzen am Rupprechtgymnasium wird die Verwaltung entsprechen, beigefügt finden Sie die diesbezügliche Anhörung des Bezirksausschusses. Wir haben dem zugestimmt und erwarten in Kürze die Errichtung der Stellplätze.

Zustimmung, einstimmig

23. Antrag - Verbesserung der Radwegsicherheit am Birketweg
K - Bezug: TOP 3.2.1 aus 11/2025 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 08363

Kenntnisnahme

24. Runder Tisch Laimer Unterführung
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 08617

Freitag, den 24.04.2026 (Teilnahme Mobilitätsreferat + Baureferat) im ASZ Laim Kiem-Pauli-Weg 22 – E-Mail wird von UA Vorsitzenden intern versendet

Der gemeinsame Runde Tisch mit BA25, BA9, PI41, DB, MOR, BAU, Behinderten- und Seniorenbeirat des BA25 hat die Problematik in der Laimer Unterführung nochmals eindringlich beschrieben und die unterschiedlichsten Lösungsvorschläge gemacht. Nach intensiver Diskussion hat das MOR zugesagt, bis 15.06.2026 einen mit dem BAU abgestimmten Beschluss zu verfassen, mit dem die besprochenen Maßnahmen (nach finaler Zustimmung der beiden BA's) umgesetzt werden sollen. Diese sind: 1. Auffällige Beschilderungen („Banner“) an den Tunnelleinfahrten, die Radfahrende zum Langsamfahren auffordern, 2. Rüttelstreifen oder Schwellen auf den Radwegen an den Tunnelleinfahrten, 3. Prüfen, ob die Genehmigung für den Bäckerei-Container beim KVR zurückgenommen werden kann, um in der Unterführung mehr Platz zu schaffen. Weitere Maßnahmen wurden diskutiert und könnten nach einer (erfolgreichen) Beobachtungszeit folgen.

25. Antrag - Mehr Rücksicht auf Radfahrende in der Nibelungenstraße
K - Bezug: TOP 3.2.4 aus 05/2025 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 07803

Kenntnisnahme

26. Sammelbeschluss zur Behandlung offener Anträge im Bereich Bahnverkehr
K

Kenntnisnahme + konzeptionelle Graffiti-Gestaltung an den Wandflächen 2.26 Antrag – [Verbesserung der Donnersbergerbrücke für ÖPNV-Nutzerinnen](#) → Weiterleitung an UA Kultur

3.5 Unterrichtungen, Kenntnisnahmen

1. Verkehrsrechtliche Anordnungen nach § 45 Abs. 1 i.V.m. Abs. 6 und Abs. 9 und § 46 StVO:
K -->Arbeiten im Straßenraum:
- Wotanstraße zwischen Herthastraße und Gaßnerstraße
Bereich Herthastr., BA I – Bereich Herthastraße Bauphase 2.8.2
TramWestTangente
vom 02.03.2026 bis 29.05.2026
 - Donnersbergerstr. + Schlörstr. (SWM FW) – Einrichtung Phase 3.1
vom 09.03.2026 bis 22.05.2026
 - Gümbelstr. 4-5 + Blütenburgstr. 61-65 (SWM 110kV – MG12)
vom 07.03.2026 bis 03.04.2026
 - Nymphenburger Str. 43 mit Erzgießereistr. (Neubau Fernwärme) – Änderung Phase 1
vom 05.03.2026 bis 20.05.2026
 - Blütenburgstr. 35 (Fernwärme Hausanschluss)
vom 14.03.2026 bis 30.03.2026

- Albrechtstr. 2 (Neubau Sporthalle) – Verlängerung
vom 01.04.2026 bis 31.03.2027

- Elvirastr. + Klarastr. (Fahrbahnasphaltierung)
vom 23.03.2026 bis 30.04.2026 (15 Arbeitstage)

- Instandsetzung BW 40-55; Landshuter Allee/Dachauer Straße
Straßenbauarbeiten, Sanierung Stützwände, Austausch Übergangskonstruktion, Herstellung
von Notunterstützungen
Bauphasen 010, 11, 100 und 200
1. Änderung (zu U 00134/26)

- Wotanstraße zwischen Herthastraße und Gaßnerstraße
Bereich Herthastr., BA I – Bereich Herthastraße Bauphase 2.8.2
TramWestTangente
Änderung
vom 13.03.2026 bis 29.05.2026

- Donnersbergerstr. + Schlörstr. (SWM FW) – Einrichtung Phase 3.1 - Erweiterung
vom 20.03.2026 bis 22.05.2026

- Luise-Ullrich-Str. 6-16 (Errichtung eines neuen Fußgängerüberwegs)
vom 22.05.2026 bis 12.06.2026

- Maillingerstr. 14 / Blütenburgstr. (Herstellung Baugruben, Kanalanschlüsse)
vom 13.04.2026 bis 13.05.2026

- Landshuter Allee -Tunnel, Höhe Landshuter Allee 12-102 (Schadstoffuntersuchungen)
vom 13.04.2026 bis 16.04.2026 (Nacht 1 von 22-5 Uhr, Tag 1 von 5-22 Uhr, Nacht 2 von 5-22
Uhr, Tag 2 von 5-22 Uhr, Nacht 3 von 22-5 Uhr)

alle Kenntnisnahme

2. **K** Vollzug der § 45 Abs. 1 i.V.m. Abs. 6 und Abs. 9, § 46 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) und
des Art. 21 des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG)

Arbeitsstellen im Straßenraum:

- Malsenstraße 54 bis Ecke Böcklinstraße
vom 16.03.2026 bis 01.05.2026

- Schlörstraße 6
vom 30.03.2026 bis 08.08.2026

beide Kenntnisnahme

3. Anfrage wegen Neubau/Austausch einer Lichtsignalanlage (LSA)- Standort Renata-/ Wendl-
Dietrich-Str.

*- einstimmig beschlossen Nachfrage beim Mobilitätsreferat - Verkürzung der Ampel-Umlaufzei-
ten – Verlängerung der Grünphase über Wendl-Dietrich-Straße und Nachfrage Vorrangschal-
tung*

SgDuH,

*der BA9 stimmt dem Austausch der LSA zu, bittet aber dringend darum, bei der neuen LSA die
Signalzeiten für die Querung der Wendl-Dietrich-Straße zu verlängern und die Gesamtumlauf-
zeit zu verkürzen.*

Mit Blick auf den Schulweg von der Winthirschule zur Bushaltestelle der Linie 62 soll geprüft werden, wie dies mit der ÖPNV-Vorrangschaltung so kombiniert / optimiert werden kann, dass vor Abfahrt des Busses in Richtung RKP eine Grünphase für die Querung der zahlreichen Kinder geschaltet werden kann, damit diese nicht bei ‚Rot‘ queren, um den wartenden Bus noch zu erreichen.

Zustimmung, einstimmig

4. Verkehrsrechtliche Anordnung nach § 45 Abs. 1 i.V.m. Abs. 9 StVO:

K Herthastraße;
Haltverbot für die Müllabfuhr – Korrektur Zeitzusatz

Kenntnisnahme

5. Verkehrsrechtliche Anordnung nach § 45 Straßenverkehrsordnung (StVO):

K Parklizenzengebiet „Rotkreuzplatz Nord“
Frundsbergstraße

Kenntnisnahme

6. Verkehrsrechtliche Anordnungen nach § 45 Abs. 1 i.V.m. Abs. 6 und Abs. 9 und § 46 StVO:

K -->Arbeiten im Straßenraum:
- Rupprechtstr. 18a-40 und Birkerstr. 10 Seite Rupprechtstr. (Reparatur Fernwärme) – Flächenenerweiterung und zusätzliche Halteverbote zu Phase 1 vom 16.05.2026 bis 11.06.2026

- Engasserbogen 2 Ecke Eisnergutbogen (Schieberwechsel) vom 20.04.2026 bis 15.05.2026

- Nördliche Auffahrtsallee 49-60, Bruckmannstr. 13-15, Tintorettostr. 1-7 (Arbeiten am Stromnetz) – Erweiterung Baufeld und Einrichtung Notgebahn vom 30.03.2026 bis 01.05.2026

- Donnersbergerstr. + Schlörstr. (SWM FW) – Einrichtung Phase 3.2. ab 20.04.26 und Verlängerung vom 23.05.2026 bis 26.06.2026

- Gumbelstr. 4-5 + Blütenburgstr. 61-65 (SWM 110kV – MG12) vom 08.04.2026 bis 01.05.2026

- Nördliche Auffahrtsallee 61-69 und Pilarstr. 1-9 (Arbeiten am Stromnetz) vom 13.04.2026 bis 31.07.2026 (55 Arbeitstage)

alle Kenntnisnahme

7. Verkehrsrechtliche Anordnung nach § 45 Straßenverkehrsordnung (StVO):

K Änderungen im Parklizenzengebiet "Albrechtstraße"
Alfonsstraße

Kenntnisnahme

8. Verkehrsrechtliche Anordnung nach § 45 Abs. 1 i.V.m. Abs. 9 StVO:

K Landshuter Allee / Dachauer Straße;
Anordnung des Verbots des Wendens (Zeichen 272 StVO)

Kenntnisnahme

9. **K** Satzung zur Änderung der Satzung der Landeshauptstadt München über die Herstellung und Bereithaltung von Abstellplätzen für Fahrräder (Fahrradabstellplatzsatzung – FabS) Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19208

Kenntnisnahme

10. **K** (U) Internationale Bauausstellung Metropolregion München „Räume der Mobilität“ (IBA-M)
Sachstand und weiteres Vorgehen zu den Projekten Donnersbergerbrücke, Braunauer Eisenbahnbrücke und Nord-Süd-Grünverbindung
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19449

Kenntnisnahme

3.6 Verschiedenes

1. Öffentlichkeitsarbeit des UA
2. Bericht zum Kiosk Haltestelle Amalienburgstraße (MVG)

Ein Mitarbeiter der MVG berichtet über den schlechten baulichen Zustand des Kioskhäuschens, dessen Sanierung, insbesondere des Dachs, nicht mehr wirtschaftlich sei. Der UA Verkehr stimmt zu, das Stationshäuschen abzureißen. An seiner Stelle soll eine Wartehalle mit integrierter Toilette (ausschließlich für MVG-Fahrer) errichtet werden. Die zusätzlich vorhandene Bus-Wartehalle wird entfernt, da sie zu dicht an der Fahrbahn steht, was zu häufigen Kollisionen mit den Außenspiegeln der Busse führt.

Der BA9 möchte das Baureferat – Gartenbau bitten, zu prüfen, ob südlich der neuen Wartehalle ein schattenspendender Baum und ggfs. weitere Entsiegelungen möglich sind.

3. Bericht zu Bauarbeiten Bahnhof Laim (DB)

Ein Mitarbeiter der DB berichtet über den Baufortschritt, der aktuell (gemäß dem aktuellen Plan) erwarten lässt, dass die UVR in zwei Schritten, im Frühjahr/Herbst 2027 an die Stadt für den Innenausbau übergeben werden kann. Die Arbeiten am Bahnhof Laim selbst werden erst im Jahr 2028 endgültig abgeschlossen sein. Der Mitarbeiter erläuterte auch, dass die Baustraße von der Friedenheimer Brücke bis Pasing dann ebenfalls nicht mehr gebraucht wird und diese somit von der Stadt wieder als Radweg ausgewiesen werden kann.

4. **NEU** - Situation Zuwegung zum Aufzug in UVR Laimer Unterführung

Abstimmung im Plenum Dringlichkeitsschreiben an MOR, SWM und MVG

Sehr geehrte Damen und Herren,

Aufgrund einer Begehung eines Mitglieds des Behindertenbeirats und Frau Spanning (BA25) sowie unserer Beauftragten für Menschen mit Behinderungen, Frau Wirts, sowie Herrn Züchner, Mitglied UA Verkehr, möchten wir auf die teils gefährlichen Situationen in der Zuwegung zum neuen Aufzug zum Bahnsteig B (aktuell nur stadtauswärts bedient) hinweisen. Dabei beziehen wir uns nur auf Sachverhalte, die im 9. Stadtbezirk liegen. Unsere Fortbewegungsrichtung ist in der Aufzählung vom S-Bahnhof kommend Richtung Nymphenburg.

*- Beleuchtung: beim Verlassen des aktuellen Fußgänger*innen-Tunnel Richtung Nymphenburg wurde der dort befindliche Lichtmast entfernt. Die Beleuchtung der Kfz-Fahrbahn reicht nicht aus, um Sicht und Sicherheit so zu gewährleisten wie im Tunnel bzw. im weiteren Verlauf des Gehweges.*

- Querung Wotanstraße: wir regen an, zu prüfen, ob eine temporäre Querung für Fußgänger nördlich der Lichtsignalanlage für die Lieferzufahrt an der Wotanstraße hergestellt werden kann und als Bedarfsampel ausgeführt werden kann. Somit würde für Menschen mit Behinderungen, die von Laim kommen, ein Teil des Umweges bis zur Kreuzung Margarethe-Danzi-Straße / Wotanstraße entfallen und sie würden direkt auf den Zugang zum Aufzug UVR treffen. Die Schaltung könnte ggf. parallel zur Grünphase für die Querung der Wotanstraße erfolgen. Der Zugang zum Übergang müsste natürlich vom Gehweg aus befestigt sein.

- Bushaltestelle Winfriedstraße Linie 51/151: diese liegt aktuell südlich der Lichtsignalanlage statt wie regulär nördlich. Sofern es sich hier um eine mittel- bis langfristige Maßnahme handelt (mehr als 4 Wochen), so bitten wir dringend um den Versatz der Bauzäune in die BE-Fläche sowie entsprechende Reduzierung derselben, damit 1. die Fahrgäste dort warten können und nicht den Bewegungsbereich (Gehweg) zum Aufzug in der UVR blockieren sowie 2. Fahrgäste im Rollstuhl oder mit Kinderwagen überhaupt aus dem Bus aussteigen können. Aktuell treffen diese Personen beim Aussteigen direkt auf den Bauzaun. Rollstuhlfahrende können so gar gar nicht aussteigen, da die Klappe, die vom Fahrpersonal auf den Gehweg ausgeklappt wird, dann vor dem Bauzaun endet. Eine Befestigung des neu geschaffenen Bereichs wäre sinnvoll, aber nicht zwingend.

Sollte ein Rollstuhlfahrer oder eine gehbehinderte Person mit Rollator aufgrund der engen Platzverhältnisse dort vom Gehweg kippen, ist sein Leben durch den KfZ-Verkehr in akuter Gefahr. Das ist unnötig und kann mit einfachen Mitteln vermieden werden.

Zu weiteren Punkten verweisen wir auf unseren BA-Antrag 20-26 / B 08694 vom 26.02.2026.

Insbesondere der letzte Aspekt der Haltestelle erfordert eine rasche Behandlung, um die keinesfalls verkehrssichere Situation zu beenden. Wir hoffen auf kurzfristige Umsetzung.

Abstimmungen im Plenum:

Zustimmung, einstimmig (über die nachträgliche Aufnahme dieses Schreibens zur Tagesordnung)

Zustimmung, einstimmig (über die Weiterleitung des Schreibens an MOR, SWM und MVG)

4. Unterausschuss für Bau- und Stadtplanung

4.1 Entscheidungsfälle

4.2 Anliegen von Bürger*innen, Anträge

1. Status Quo Kreativpark

Weiterleitung an Baureferat Gartenbau mit Bitte um Beantwortung der Fragen

Einstimmig

Zustimmung, einstimmig

2. Müllcontainer in der Washingtonstraße

Weiterleiten an München Wohnen, mit der Bitte um Klärung und Rückäußerung.

Per Mail senden an Geschäftsführung der Münchner Wohnen GmbH

Einstimmig

Zustimmung, einstimmig

3. SPD-Fraktion: Antrag - Kaufhaus Galeria am Rotkreuzplatz erhalten – Arbeitsplätze sichern

Der Antrag soll als BA-Antrag gestellt werden, der Text wird gemeinsam überarbeitet.

Vertagung ins Plenum

Herr Retterath betont die Bedeutung einer solidarischen Zusammenarbeit mit den Beschäftigten und fordert die Unternehmer auf, das bestehende Angebot zu erhalten. Er weist darauf hin, dass Pläne zur Umnutzung des Gebäudes, die aus der Presse hervorgegangen sind, abzulehnen sind. Der Status quo der bestehenden Filialen soll beibehalten werden, um eine funktionierende Infrastruktur im Viertel zu gewährleisten. Besonders der Rotkreuzplatz wird als Zentrum des Viertels hervorgehoben. Die Galeria leistet einen wichtigen Beitrag zur Lebendigkeit des Stadtteils. Herr Retterath äußert große Bedenken bezüglich der möglichen Folgen einer Schließung: Wenn kein Einzelhandel mehr vorhanden ist, leidet das gesamte Viertel. Die Laufkundschaft spielt eine entscheidende Rolle für die wirtschaftliche Stabilität der Gegend. Er warnt vor der Gefahr einer Abwärtsspirale, die durch den Verlust von Geschäften entstehen könnte. Der Einzelhandel fungiert als Magnet, an dem Menschen einkaufen und ihre Erledigungen machen. Daher plädiert Herr Retterath für den Erhalt der bestehenden Filialen.

Herr Züchner erklärt, dass er dem vorliegenden Antrag in seiner aktuellen Form zustimmt. Er hebt hervor, dass die zweigeschossige Gestaltung des Einzelhandels positiv zu bewerten sei. Zudem spricht er sich gegen die Schaffung neuer Büroflächen aus, wie sie beispielsweise in der Paketposthalle vorgesehen sind. Er betont die Notwendigkeit gewerblicher Nutzungen, insbesondere in Bezug auf die Bedürfnisse von Studierenden und Senioren, die in der Umgebung wohnen. Herr Züchner weist darauf hin, dass der Mietvertrag Ende Januar ausläuft. Er erwähnt, dass ein Baubeginn angestrebt wird und dass ein Hotel an diesem Standort von Relevanz sei, da es zur Weiterentwicklung des Rotkreuzplatzes beitragen könnte. Zudem schlägt Herr Züchner vor, einen Teil des obersten Geschosses für die Allgemeinheit zugänglich zu machen, um die Attraktivität und die Nutzbarkeit des Bereichs für die Öffentlichkeit zu erhöhen.

Frau Piesczek äußert ihre Bedenken hinsichtlich des SPD-Antrags und betont, dass sich der BA für eine rasche und nahtlose Umsetzung eines Neubaus einsetzen sollte. Sie fordert eine Nutzung des Kaufhauses über zwei Vollgeschosse, um den zentralen Standort im Herzen von Neuhausen-Nymphenburg zu stärken. Sie stellt die Frage, warum nicht ein gemeinsamer BA-Antrag gestellt wird, um diese wichtige Forderung voranzutreiben. Es ist ihr ein Anliegen, dass die Mitarbeiter der bestehenden Einrichtungen aufgefangen werden. Zudem spricht sie sich für einen ordentlichen sozialen Wohnungsbau aus, um den Mitarbeitern ein neues Zuhause in den nahegelegenen Kaufhofhäusern zu bieten. Frau Piesczek betont die Dringlichkeit, den Kaufhof zu erhalten.

Herr Meyer schließt sich der Position der CSU-Fraktion an und äußert den Wunsch, dass ein Sozialplan für die betroffenen Beschäftigten in Betracht gezogen wird. Er betont, dass alle Mitarbeiter*innen aufgefangen werden müssen, da das derzeitige Konzept in seiner aktuellen Form nicht tragfähig ist. Er verweist auf Vorschläge aus der Stadtgestaltungskommission und betont, dass der Fokus darauf liegen sollte, wie der Neubau gestaltet werden kann. Herr Meyer plädiert dafür, Wohnraum zu schaffen, der mit etwas gewerblicher Nutzung kombiniert wird, um ein gesamtheitliches und tragfähiges Konzept zu entwickeln.

Herr Thunich äußert seine Bereitschaft, einen gemeinsamen BA-Antrag zu stellen, und schlägt vor, den Fokus auf eine erhöhte Wohnraumschaffung zu legen. Er betont, dass eine Mischung aus Wohn- und Gewerbenutzung weiterhin angestrebt wird. Er äußert jedoch Bedenken hinsichtlich der Realisierbarkeit, den Kaufhof in seiner jetzigen Form zu erhalten. Die aktuellen Pläne bieten seiner Meinung nach keine Verbesserung in Bezug auf die Lebendigkeit des Viertels und das angestrebte Maß an Wohnraum. Herr Thunich weist darauf hin, dass sich die Pläne möglicherweise noch ändern können, und betont die Notwendigkeit einer Einigung zwischen den Eigentümern und der Stadt. Er äußert den Hinweis, dass die letzte Aussage des Kaufhofs den Fokus auf die Herausforderungen bei der Mietzahlung legt. Er hebt hervor, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Sicherung des Kaufhofs im Mittelpunkt der Diskussion stehen sollten, und ermutigt alle Beteiligten, sich aktiv an diesem Prozess zu beteiligen.

Frau Knorr-Köning berichtet, dass in den letzten Jahren immer wieder über die Situation des Kaufhofs diskutiert wurde. Sie bemerkt, dass es manchmal den Anschein hatte, als sei eine Schließung unvermeidlich, insbesondere unter öffentlichem Druck. Sie hebt hervor, dass eine Neubewertung der Lage vorgenommen wurde und dass Mitarbeiter darauf hingewiesen haben, dass der Standort als lukrativ gilt – der zweitbeste Standort nach dem Marienplatz. Frau Knorr-Köning weist darauf hin, dass große Kapitalinteressen hinter den Entwicklungen stehen, allerdings betont sie, dass es nicht die Aufgabe des Bezirksausschusses sei, diesen Interessen nachzugeben. Sie unterstreicht die Bedeutung des Kaufhofs für das Stadtviertel, das es geprägt hat, und betont, dass viele von uns dort aufgewachsen sind und auch unsere Kinder

in Zukunft dort leben werden. In diesem Zusammenhang kündigt sie eine Kundgebung am 09. Mai um 17:00 Uhr am Rotkreuzplatz an und informiert darüber, dass eine Online-Petition gestartet wurde, um den Erhalt des Kaufhofs zu unterstützen. Frau Knorr-Köning betont die Einigkeit der Beteiligten in der Forderung nach Erhalt des Kaufhofs.

Nach längerer Diskussion schlägt Frau Piesczek vor, den aktuellen Status quo beizubehalten und eine Stellungnahme gemäß dem Tagesordnungspunkt 4.3.4 abzugeben, in der mehr Wohnanteile gefordert werden. Sie weist darauf hin, dass der BA in seiner zukünftigen Zusammenstellung einen Termin beim Referat für Stadtplanung und Bauordnung anberaumt werden sollte. In diesem Rahmen sollen die formulierten Forderungen präsentiert und diskutiert werden.

Abstimmungen im Plenum:

Zustimmung, einstimmig (über einen gemeinsamen BA-Antrag in seiner aktualisierten Form)

Zustimmung, einstimmig (auf Vertagung des TOP in die Juni-Sitzung in die UA Bau- und Stadtplanung sowie Soziales, Integration und Wohnen)

4. Anliegen zum Erhalt des Backstage

Schreiben an PLAN und LBK:

Baugenehmigungsverfahren Backstage bzw. Veröffentlichung des Bebauungsplans 2147 Paketpostareal

SgDuH,

der BA9 verfolgt mit Interesse die Entwicklung des Baugenehmigungsverfahrens für das Backstage an der Reitknechtstraße. Das Backstage ist eine (sub)kulturelle Institution von nationalem Rang und daher bedarf es in allen weiteren Schritten zur Sicherung seines Bestehens einer besonderen, lösungsorientierten Haltung. Dabei adressieren wir insbesondere die ... sowie die Referate der Landeshauptstadt München, die im Baugenehmigungsverfahren fachlich eingreifen.

Für uns ist es als Gremium von und für Bürgerinnen und Bürger wichtig, dass sowohl die Verpflichtungen aus dem Bebauungsplan 2147 seitens der bzw. der mit der Entwicklung betrauten Gesellschaften, im Sinne des Bestands des Backstage eingehalten werden sowie auch keine Nebenabreden getroffen werden, die mittel- und langfristig auch die Umsetzung der Baufelder im Bebauungsplan selbst durch mögliche Nachbarklagen behindert. Denn die Schaffung eines lebendigen Quartiers, in guter Nachbarschaft zu den bisherigen umliegenden Nutzungen, war und ist für den BA9 von vitaler und herausragender Relevanz für die Entwicklung unseres Stadtteils.

In diesem Sinne vertrauen wir auf das Planungsreferat seiner Mittlerrolle hier entsprechend gerecht zu werden, wie darauf, dass die Aus- und Zusagen des Backstage wie der im Themenfeld Schallschutz auch verbindlich sind, um weitere Verzögerungen in der Umsetzung dieser wichtigen Projekte zu vermeiden.

MfG

Zustimmung

Einstimmig

Zustimmung, einstimmig

5. Anliegen zu Vorbauten und Swimmingpools auf Privatgrundstücken in Gern

Anfrage an Stadt/Baureferat nach Prüfung einer Rahmenplanung Gartenstadt 2.0 für Gern, um einer zunehmenden Versiegelung entgegenzuwirken und den Charakter des Stadtviertels zu erhalten.

SgDH,

anbei erhalten Sie ein Anliegen eines Bürgers in Namen des Vereins zur Erhaltung Gerns e.V. Wir unterstützen grundsätzlich die Sorge um die fortschreitende Veränderung des originären Gartenstadt-Charakters in diesem Viertel.

*Daher regen wir an, dass Sie bitte prüfen, inwieweit ein Prozess für eine "Rahmenplanung Gartenstadt 2.0" wie bereits in Solln, Pasing und Obermenzing angewendet, zielführend wäre, um der Baugenehmigungsplanung sowohl von behördlicher wie auch von Bauherr*innen-Seite eine leitende Richtschnur an die Hand zu geben.*

Der BA9 ist bereit in diesem Prozess in Absprache mit Ihrem Haus auch eine aktive Rolle einzunehmen. Evtl. ist auch eine Förderung des Beteiligungs- und Erarbeitungsprozesses über das Programm "Bürgerinnen und Bürger gestalten ihre Stadt" oder aus Mitteln der Koordinationsstelle für Bürgerschaftliches Engagement, unter Einbindung der Fachplaner der o.g. Rahmenplanung, denkbar.

Wir bitten um Prüfung der Anliegen des Vereins zur Erhaltung Gerns e.V. sowie unserer Vorschläge zu einem gemeinsamen Prozess.

Vielen Dank.

Einstimmig

Zustimmung, einstimmig

4.3 Anhörungen

1. BA-Anhörung: Entwurf der Beschlussvorlage "PaketPost-Areal" - Behandlung von Bürgerversammlungsempfehlungen
- Stellungnahmeersuchen des PLAN mit Frist bis zum 29.04.2026 –

Der Beschlussvorlage wird zugestimmt.

Einstimmig

Zustimmung, einstimmig

2. BA-Anhörung: Nachtrag in die Denkmalliste - Ensemble Wohnanlage an der Rüdigerstraße
- Stellungnahmeersuchen des PLAN mit Frist bis zum 08.05.2026 –

Der Beschlussvorlage wird zugestimmt.

Einstimmig

Zustimmung, einstimmig

3. BA-Anhörung: Mehrjahresinvestitionsprogramm
Fortschreibung für die Jahre 2026 bis 2030
- Bezug: TOP 9.3.2 aus 03/2026 - WV in 04/2026 (alle UA) –

Zustimmung

Einstimmig

Zustimmung, einstimmig

4. Donnersbergerstraße 3
Sanierung und Teiltrückbau eines Einzelhandelskomplexes mit Tiefgarage sowie Erweiterung des Gebäudes mit Wohn- Büro- und Hotelnutzung (Donnersbergerstr.3/ Pötschnerstr. 5) –
VORBESCHEID

Wir danken für die informative Zusendung der Bauvoranfrage

Entgegen dem Ergebnis der Stadtgestaltungskommission würden wir für eine höhere Bebauung, entsprechend der Variante 2 plädieren. Einen kleinen Höhenakzent und somit entsprechenden architektonischen Abschluss des Gebäudes zum Rotkreuzplatz hin, sehen wir als sehr gelungen und wünschenswert. Die Sichtachsen wären mit dieser Variante nicht belastet. Gleichzeitig fordern wir dringend den Wohnanteil, zu Lasten der Büronutzung, zu erhöhen, ggf. wäre zusätzlich auch studentisches Wohnen geeignet.

Wir bitten dringend um Berücksichtigung.

Zustimmung

mehrheitlich

Frau Piesczek informiert, dass das Untergeschoss und das Erdgeschoss des Gebäudes bestehen bleiben. Ab dem ersten Obergeschoss ist jedoch eine andere Nutzung (vgl. Hotelnutzung). Zudem wird erwartet, dass das Dachgeschoss für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. In der Pötschnerstraße ist eine Wohnnutzung geplant, jedoch wird die Anzahl der vorgesehenen Wohnungen, die zwischen 20 und 30 Appartements liegen soll, als zu gering eingeschätzt. Frau Piesczek verweist auf die Ausführungen der Stadtgestaltungskommission, die ebenfalls angemerkt hat, dass diese Anzahl nicht ausreicht. Sie schlägt vor, zusätzlich studentisches Wohnen in das Konzept einzubringen. Es wird darauf hingewiesen, dass der ursprüngliche Antrag zurückgezogen wurde und nun auf Basis der Empfehlungen der Stadtgestaltungskommission neu beantragt werden soll. Außerdem wird betont, dass der Denkmalschutz in diesen Prozess einbezogen werden muss.

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Bau)

5. Fuststraße 9
Gesamtsanierung eines Wohnhauses und Neubauten auf West- und Südseite als Neubauten

*Dem Bauantrag wird zugestimmt.
Eine Ersatzpflanzung (Hasel) wird gefordert
einstimmig*

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Bau)

6. Postillonstraße 17
Errichtung eines FC-Technikgebäudes für die 1 & 1 Versatel Deutschland GmbH

*Dem Bauantrag wird zugestimmt.
Wir fordern (Fassaden-)Begrünung des Betonkastens
einstimmig*

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Bau)

4.4 Antwortschreiben

1. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Fassadenbegrünung des SWM-Umspannwerkes in der Landshuter Allee" - Antwortschreiben der SWM
K
- Bezug: TOP 4.2.2 aus 02/2026 –

Kenntnisnahme

2. Anschreiben der Münchner Wohnen GmbH zu offenen Fragen aus der vergangenen Unterausschusssitzung am 18.02.2026
K

Kenntnisnahme

4.5 Unterrichtungen, Kenntnisnahmen

1. Keine börsennotierten Energieverträge
K Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19216

Kenntnisnahme

2. „Wohnen in München VII“
K Erfahrungsbericht für das Jahr 2025
Programm „Bezahlbares Wohnen und Leben in München“
Erfahrungsbericht für das Jahr 2025
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19513

Kenntnisnahme

3. PaketPost-Areal
- K** a) Stadtratsantrag
b) Bekanntmachung des Bebauungsplans mit Grünordnung Nr. 2147
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19052

Kenntnisnahme

4.6 Verschiedenes

1. Öffentlichkeitsarbeit des UA

1. Thema:

Der BA9 appelliert an alle Beteiligten bei den beiden Projekten sich konstruktiv in der Situation zu verhalten, damit die Ziele erreicht werden kann und ein lebendiges neues Stadtquartier neben einer gesicherten kulturellen Institution wie dem Backstage sich entwickeln kann.

2. Thema

BA-Backstage Antrag (Text)

2. Kaufhof am Rotkreuzplatz

WV

06/ Schreiben an diverse Antragsteller:

20

26 SgDuH,

gerne klären wir Sie zum uns bekannten aktuellen Sachstand bezüglich Kaufhof auf: Wie man der Presse entnehmen kann, ist der Kaufhofkonzern wirtschaftlich angeschlagen, Mietzahlungen blieben bundesweit aus.

Das Gebäude Kaufhof am Rotkreuzplatz wechselte Eigentümer mit bestehendem Kaufhof-Mietvertrag. Über die Mietvertragsdauer und Miethöhe wird wohl derzeit verhandelt.

Sollten sich die wirtschaftlichen Probleme des Kaufhofs bestätigen und keine Mietvertragsverlängerung angestrebt werden, muss vermieden werden, dass Leerstand entsteht. Deshalb wurde vom Eigentümer ein erster Entwurf für eine spätere Nutzung des Gebäudes eingereicht und dieser wurde bereits in der Stadtgestaltungskommission vorgestellt. Mit dem Ergebnis wird nun eine Bauvoranfrage erstellt. Es liegt noch kein Bauantrag und somit auch keine Baugenehmigung vor.

Seien Sie versichert, dass sich der Bezirksausschuss dafür einsetzt, dass die Kaufhausnutzung am Rotkreuzplatz bestehen bleibt und auch die Arbeitsplätze erhalten werden. Sollte die Kaufhof-Gruppe tatsächlich aus wirtschaftlichen Gründen den Betrieb am Rotkreuzplatz einstellen, dann werden unsere Bemühungen dahin gehen, dass kein unnötiger Leerstand am Platz entsteht. Das ist aus bekannten Gründen zwingend zu vermeiden. Unser lebendiger Rotkreuzplatz muss erhalten werden, dafür setzen wir uns ein.

5. Unterausschuss für Umwelt und Klimaschutz

5.1 Entscheidungsfälle

5.2 Anliegen von Bürger*innen, Anträge

1. ÖDP-Fraktion: Antrag - Einführung eines Tierschutzbeauftragten (m/w/d) im Bezirksausschuss Neuhausen-Nymphenburg
- Bezug: TOP 5.2.1 aus 10/2025 - WV in 03/2026 –

Zur Kenntnisnahme und Erinnerung an den BA-Vorstand für TO für konstituierende Sitzung (TOP 4.7)

Empfehlung einstimmig

Herr Dr. Ott informiert die Anwesenden, dass die Tagesordnung für die bevorstehende konstituierende Sitzung bereits beschlossen wurde. In diesem Rahmen wurde auch ein Tagesordnungspunkt ergänzt, welcher sich auf die Einführung eines Tierschutzbeauftragten beschränkt.

Zustimmung, einstimmig

2. Nutzung der Fläche des beseitigten Wartehäuschens am Rotkreuzplatz

Weiterleitung zur Prüfung mit Hinweis, dass falls die Vorschläge der Bürgerin nicht als zeitnah umsetzbar erachtet werde, dort alternativ auch temporäre Pflanzkübel platziert werden könnten

Empfehlung einstimmig

Zustimmung, einstimmig

3. Aktueller Zustand der Wertstoffcontainer in der Pötschnerstraße

Weiterleitung an Remondis und Kommunalreferat, mit dem Hinweis, dass der BA die geforderten Maßnahmen für geboten erachtet

Empfehlung einstimmig

Zustimmung, einstimmig

4. Gefällte Bäume in der Landshuter Allee 46

Antwortschreiben an den Bürger durch N. Lipkowitsch

Empfehlung einstimmig

Sg Fr.....,

die Baumfällungen entlang der Landshuter Allee sind eine Folge der Erneuerung des Umspannwerks. In diesem Zusammenhang werden auch neue 110 KV-Leitungen verlegt, die diese Erdarbeiten notwendig machen. Nach Abschluss der Arbeiten durch die Stadtwerke werden alle gefälltten Bäume selbstverständlich neu gepflanzt.

Zustimmung, einstimmig

5. Anliegen zur Müllproblematik in Neuhausen-Nymphenburg

K

Kenntnisnahme

Empfehlung einstimmig

6. Anliegen zu überfüllten Mülltonnen in der Schulstraße

Antwortschreiben an Bürger:

Sehr geehrter Herr xxx,

vielen Dank für Ihre E-Mail. Bezüglich der von Ihnen beanstandeten Situation mit den Mülltonnen auf öffentlichem Verkehrsgrund können Sie sich am besten direkt an das Baureferat wenden, siehe <https://stadt.muenchen.de/service/info/anzeige-von-abfallrechtlichen-missstanden/1074234/>. Dort befindet sich auch der Link zu einem Formular zur Anzeige von abfallrechtlichen Missständen.

Hinsichtlich der Thematik der Neuordnung der Kreuzung Schulstr./Nymphenburger Str. können wir Ihnen versichern, dass wir hier von BA-Seite dranbleiben. Aktuell kümmern wir uns darum, dass das illegale Abbiegen aus der Nymphenburgerstraße in die Schulstraße durch eine auffälligere Markierung des durchgezogenen Mittelstreifens unterbunden wird.

Empfehlung einstimmig

Zustimmung, einstimmig

7. Zustand der Fußgängerpassage Tizianstraße Menzinger Straße

*Bei Geschäftsstelle anfragen, ob sie herausfinden können, wer für die Reinhaltung für die Passage verantwortlich ist, und das Anliegen der Bürgerin (anonymisiert) weiterleiten
Empfehlung einstimmig*

Herr Dr. Ott bestätigt, dass sich die Passage im städtischen Eigentum befindet und empfiehlt somit die Weiterleitung an das Baureferat.

Zustimmung, einstimmig

8. Beschädigung von Steinbänken am Rotkreuzplatz

Weiterleitung ans Baureferat

Empfehlung einstimmig

Zustimmung, einstimmig

9. Anliegen zum Baumbestand und Baumbestandshaltung in Gern

Weiterleitung an Baureferat Gartenbau:

SgDuH,

anbei möchten wir Ihnen das beigefügte Bürgeranliegen weiterleiten und in diesem Zusammenhang ebenfalls in Erfahrung bringen, warum auf der Südseite der Klugstraße keine Bäume (mehr) stehen. Gibt es hier Sparten oder sonstige bauliche Gründe?

Darüber hinaus sind wir sehr erfreut über den Ortstermin, den Sie mit den Bürgern vor Ort hatten, um bestehende Baumlücken in Gern in Augenschein zu nehmen. Von BA-Seite unterstützen wir die Bereitschaft Ihrerseits, hier Nachpflanzungen vorzunehmen und möchten Sie bitten, dies zeitnah umzusetzen.

Empfehlung mehrheitlich

Zustimmung, einstimmig

5.3 Anhörungen

1. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
Nymphenburger Straße 115

*Kastanie ist ortsbildprägend, Baum steht noch, Ablehnung der Fällung
Einstimmig*

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

2. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
Lenzfrieder Straße 14

*Baum nicht ortsbildprägend, Zustimmung zur Fällung
Einstimmig*

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

3. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
Schulstraße 4

*Laubbaum (Kastanie) ist ortsbildprägend im Hof, Ablehnung der Fällung
Einstimmig*

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

4. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
Prinzenstraße 26

Vertagt ins Plenum

Herr Dr. Ott weist darauf hin, dass die Esche nicht ortsprägend ist und der Fällung somit zugestimmt wird. Allerdings wird eine Ersatzpflanzung gefordert. Der Spitzahorn ist ortsprägend. Somit wird diese Fällung abgelehnt.

Zustimmung, einstimmig

5. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
Rupprechtstraße 9

*Baum in keinem guten Zustand, nicht ortsbildprägend, Zustimmung zur Fällung, ergänzt um die Anregung andere Bepflanzung (Sträucher, Gebüsch, o.ä.) an der Stelle zu ermöglichen
Einstimmig*

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

6. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
Renatastraße 33

*Antrag ist eine Wiedervorlage
Erneut Ablehnung der Fällung, da ortsbildprägend
Einstimmig*

Herr Dr. Ott meldet sich zu Wort. Da die Fällung bereits verbeschieden wurde, ist die Abgabe einer Stellungnahme hinfällig.

Zustimmung, einstimmig

7. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
Stuberstraße 15

*Nicht ortsbildprägend, Baumschäden sichtbar, Zustimmung zur Fällung, Ersatzpflanzung hoher Wuchsklasse
einstimmig*

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

8. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
Menzinger Straße 21

*Im Ensemble mit Nachbarbäumen ortsbildprägend, Zustimmung zur Fällung mit Ersatzpflanzung
Mehrheitlich*

Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

9. BA-Anhörung: Mehrjahresinvestitionsprogramm
Fortschreibung für die Jahre 2026 bis 2030
- Bezug: TOP 9.3.2 aus 03/2026 - WV in 04/2026 (alle UA) –

*Zustimmung empfohlen
Einstimmig*

Zustimmung, einstimmig

- 10.** Anhörung zu Baumfällungsantrag:
N Gümbelstraße 1

*SWM will in der Gümbelstraße Fernwärme erweitern, dafür müssen sieben Bäume gefällt werden, Bäume sind Ortsbildprägend
Nachpflanzungen sind von SWM wurden mehrfach zugesichert
Zustimmung zur Fällung mit Nachpflanzungen
Einstimmig
Zustimmung, einstimmig*

5.4 Antwortschreiben

1. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Verbesserung der Situation am Hubertusbrunnen am Ende des Nymphenburger Schlosskanals" -
K Antwortschreiben der Bayerischen Schlösserverwaltung
- Bezug: TOP 5.2.3 aus 12/2025 –

Kenntnisnahme

2. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Fehlende
K Nachpflanzung beim KapWest / Birketweg" - Antwortschreiben des BAU
- Bezug: TOP 5.2.1 aus 03/2026 –

Kenntnisnahme

3. Vollzug der Grünanlagensatzung vom 15.06.2012;
K Baustelleneinrichtung und Zufahrt für die Grünfl. 8395.1 Taxispark - Antwortschreiben des MOR
- Bezug: TOP 5.5.1 aus 03/2026 –

Kenntnisnahme

5.5 Unterrichtungen, Kenntnisnahmen

1. Nachbereitung des Online-Infotermens zur Seismikkampagne GIGA-M - Aufzeichnung und Infomaterialien für Bürgeranfragen
K

Kenntnisnahme

2. Ausnahmezulassung gem. § 7 Abs. 2 Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung (32. BImSchV);
K Arnulfstraße Ecke Landshuter Allee, Schulstraße 51;
Verlegung einer Gasleitung

Kenntnisnahme

3. Ausnahmezulassung gem. § 7 Abs. 2 Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung (32. BImSchV);
K Lothstraße zwischen Lazarettstraße 36 und Grünfläche;
Absetzung von Baustellencontainern auf eine bestehende Containeranlage

Kenntnisnahme

4. Jahresgenehmigung gem. § 7 Abs. 2 Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung (32. BIm-SchV);
K Arbeiten an Anlagen des ÖPNV/Fahrleitung Tram, Stadtwerke München GmbH

Kenntnisnahme

5. Beschwerde über das Wertstoffmobil am Rotkreuzplatz

K

Kenntnisnahme

6. Modernisierungsarbeiten einer bestehenden Mobilfunkanlage;
K Unterrichtung an den BA 9

Kenntnisnahme

5.6 Verschiedenes

1. Öffentlichkeitsarbeit des UA

6. Unterausschuss für Soziales, Integration und Wohnen

6.1 Entscheidungsfälle

6.2 Anliegen von Bürger*innen, Anträge

1. Lärm in der Kratzerstraße

Weiterleiten an die Verwaltung mit Bitte um Stellungnahme zum Thema Lärm.

Zustimmung einstimmig

Zustimmung, einstimmig

2. Rückfrage zur Parkbank vor meinem Balkon – Lärmbelästigung und Alkoholkonsum
- Bezug: TOP 6.2.2 aus 02/2026 - WV in 03/2026 - WV in 04/2026 –

Antwortschreiben an Baureferat/Gartenbau:

SgDuH,

die oben beschriebene Situation wurde von zwei BA-Mitgliedern mit der Bürgerin begangen. Die beschriebenen Probleme konnten nachvollzogen werden. Der BA empfiehlt einstimmig die o.g. Bänke auf den nahegelegenen Platz vor dem Wetteramt umzusetzen. Hier existieren bisher nur Bänke ohne Lehne entlang der Dachauer Straße. Im Bereich der gepflanzten Bäume auf dem Platz befinden sich keine Sitzgelegenheiten. Die Aufenthaltsqualität des Platzes könnte so erhöht werden. In unmittelbarer Nähe des Platzes befindet sich außerdem ein großes Ärztehaus, es ist daher mit viel Publikumsverkehr an den Bänken zu rechnen.

MfG

CC an die Bürgerin zur Information.

Zustimmung einstimmig

Zustimmung, einstimmig

3. Antrag auf Planung und Errichtung eines Roller- und Skaterparks für Kinder in Neuhausen

Weiterleitung an das Baureferat/ Gartenbau:

Bitte um Überprüfung der Erweiterung des Skateparks im Hirschgarten mit einem Bereich für unter Zehnjährige.

Antwort-Anfrage an die Bürgerin:

Bitte um Vorschläge für einen Standort des Kinder-Skateparks.

Zustimmung Einstimmig

Zustimmung, einstimmig

4. CSU-Fraktion: Antrag - Sommerzugang für Dantebad an der Dantestraße wieder eröffnen

Zustimmung einstimmig.

Zustimmung, einstimmig

5. FDP-Fraktion: Antrag - Europa beginnt im Stadtviertel – Europa Mai auch in Neuhausen-Nymphenburg

Antrag wird als BA-Antrag gestellt

Zustimmung einstimmig.

Zustimmung, einstimmig

6. FDP-Fraktion: Antrag - Behördenbox für 24/7 Dokumentenausgabe in Neuhausen-Nymphenburg

Zustimmung einstimmig.

Zustimmung, einstimmig

6.3 Anhörungen

1. BA-Anhörung: Mehrjahresinvestitionsprogramm
Fortschreibung für die Jahre 2026 bis 2030
- Bezug: TOP 9.3.2 aus 03/2026 - WV in 04/2026 (alle UA) –

Antwortschreiben an die Verwaltung:

Die Entscheidung der Verwaltung, die Planungen des ASZ am Romanplatz einzustellen, halten wir für falsch. Der Vorlage wird nicht zugestimmt. Wir bitten nachdrücklich, die Planungen fortzuführen. MfG

Zustimmung zum Antwortschreiben einstimmig.

Keine Zustimmung zur Vorlage.

Herr Stummvoll verweist auf den bereits geführten E-Mail-Verkehr. Er thematisiert die angespannte Haushaltsslage und hebt hervor, dass die Entscheidung, die Planungen vorübergehend zu stoppen, nicht leichtgefallen ist. Der Bezirksausschuss ist der Meinung, dass der Vorlage nicht zugestimmt werden sollte. Herr Stummvoll schlägt vor, die Fraktionen im Stadtrat in die Diskussionen einzubinden, um die Thematik weiterhin zu erörtern und um mögliche Lösungen zu finden.

Zustimmung, einstimmig

2. Neueröffnung einer dezentralen kommunalen Unterkunft zur Unterbringung Geflüchteter am Standort Drygalski-Allee (Flst.Nr. 272/2, Gemarkung Forstenried);
Verlängerung bestehender dezentraler kommunaler Unterkünfte für Geflüchtete
- Stellungnahmeersuchen des SOZ mit Frist bis zum 30.04.2026 –

Zustimmung zur Vorlage einstimmig.

Zustimmung, einstimmig

6.4 Antwortschreiben

1. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Anhaltende Lärmbelästigung in einem griechischen Restaurant" - Antwortschreiben des KVR
- Bezug: TOP 6.2.3 aus 03/2026 - WV in 04/2026 –

Antwortschreiben des KVR zur Kenntnis genommen - einstimmig

Antwortschreiben an die Bürgerin:

Entwurf durch Vorsitzenden des UA nach Plenum, wo noch die Stellungnahme der PI eingeholt wird.

Zustimmung einstimmig.

Zustimmung, einstimmig

Antwortschreiben an die Bürgerin:

Sehr geehrte Frau....,

vielen Dank für Ihre Mail vom 01.03.2026, in der Sie den BA über die aus Ihrer Sicht stattfindenden Lärmbelästigungen durch das Restaurant Cyclades informieren.

Der BA hat dies zum Anlass genommen, die zuständige Bezirksinspektion als auch die Polizeiinspektion 42 um Stellungnahmen zu bitten.

Die Gaststätte ist als Schank- und Speisewirtschaft konzessioniert. Im normalen Betrieb ist lediglich eine "Hintergrundmusik" zulässig. Bei angezeigten Veranstaltungen sind auch lautere Musikdarbietungen möglich, soweit die Lärmgrenzen nicht überschritten werden. Es laufen aktuell im Zusammenhang mit dieser Gaststätte mehrere Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen der Lärmproblematik bei der Bußgeldstelle. Die Bezirksinspektion muss in derartigen Fällen immer abwägen, welche Maßnahmen rechtlich vertretbar sind. Erfolgte mündliche und schriftliche Hinweise an den Gastwirt haben demnach bislang leider nur zu einer temporären Besserung der Situation geführt.

Eine wichtige Voraussetzung für weitere Maßnahmen wäre ein offizielle Lärmpegelmessung mit entsprechenden Feststellungen durch das Referat für Klimaschutz und Umwelt. Hierzu gab es bislang zwei Termine bei einem Anwohner. In beiden Fällen wurde vor Ort auf die Messung verzichtet, da kein Ansatz für eine unzulässige Lärmentwicklung wahrnehmbar war. Ein weiterer Termin ist aber bereits geplant. Eine Lärmmessung in Ihrer Wohnung haben Sie nach Auskunft der Bezirksinspektion abgelehnt. Um zu weiteren Maßnahmen zu kommen, wäre dies aber nach Auskunft der Bezirksinspektion ein notwendiger Schritt, zu dem der BA Ihnen daher auch raten würde.

Aufgrund der fortgesetzten Beschwerdelage wird der Betreiber der Gaststätte zu einem persönlichen Gespräch in die Räumlichkeiten des Kreisverwaltungsreferates eingeladen werden. Informieren Sie bitte den BA, wenn sich die Situation aus Ihrer Sicht nicht zum positiven entwickeln sollte.

Mit freundlichen Grüßen

6.5 Unterrichtungen, Kenntnisnahmen

1. Aktualisierung der Liste und Karte mit Unterkunftsstandorten für Geflüchtete und Wohnungslose
K

Kenntnisnahme.

2. Vollzug der Erhaltungssatzungen "Neuhausen", "Ebenau" sowie "St.-Vinzenz-Viertel"
K

Kenntnisnahme.

6.6 Verschiedenes

1. Berichte der Beauftragten

Kinder: Bericht aus der AG Kinder und Jugendbeauftragte, Ausschreibung Partizipationspro-

jekt „Ran an die Stadteilkoffer“ startet im Mai. Im FAK Kinder und Familie wird die Information weitergegeben. Bitte auf die TO im Juni 2026 setzen.

Integration: Die Planungen für das Interkulturfest im Herbst starten wieder, weitere Akteure kommen hinzu. Gute Zusammenarbeit mit dem Stadteilkulturverein.

Senioren: Bericht aus dem FAK ältere Leute. Die Seniorenvertretung hat die OBA besucht hier gibt es viele Angebote für Senioren

Regsam: Bericht aus der RAK-Sitzung

Mieter: Bericht aus der Sitzung der Mieterbeauftragten

2. Öffentlichkeitsarbeit des UA

7. Unterausschuss für Kultur

7.1 Entscheidungsfälle

1. (E) Stadtbezirksbudget
Initiative "ECLISSI"
Tanzprojekt "ECLISSI 143" vom 03.04.-30.07.2026
2.500,00€; Az. 0262.100-9-0952
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19420

Volle Summe mehrheitlich.

Wortmeldung im Plenum:

Herr Lirawi kritisiert den geringen Anteil der Eigenmittel und plädiert für die Gewährung einer Fördersumme in Höhe von 1.500,00 Euro seitens der CSU-Fraktion.

Abstimmung im Plenum (über die Gewährung der vollen Fördersumme):

Zustimmung, mehrheitlich (u.a. gegen die Stimmen der CSU- und FDP-Fraktion)

2. (E) Stadtbezirksbudget
niq e.V.
mu/niq jazz Festival vom 19. + 20.06.2026 (Vor-/Nachbereitung 26.03.2026 - 01.08.2026)
5.000,00€; Az. 0262.100-9-0948
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19452

4000,- € mehrheitlich.

Wortmeldungen im Plenum:

Herr Norden plädiert für die Gewährung einer Fördersumme in Höhe von 4.000,00 €. Im Hinblick auf die Zielsetzung des BA, mit den vorhandenen Budgetmitteln möglichst viele Aktivitäten zu fördern, kann dem Antrag nur teilweise entsprochen werden.

Herr Lirawi unterstützt das Vorhaben grundsätzlich, bemängelt jedoch den geringen Anteil der Eigenmittel und plädiert für die Gewährung einer Fördersumme in Höhe von 2.500,00 € im Namen der CSU-Fraktion.

Abstimmung im Plenum (über die Gewährung einer Fördersumme in Höhe von 4.000,00 €):
Zustimmung, mehrheitlich (u.a. gegen die Stimmen der CSU- und FDP-Fraktion)

3. (E) Stadtbezirksbudget
ILFest e.V.
„ILfest - Italienisches Literaturfestival München 2026 vom 24.04.-26.03.2026“
1.000,00 € / AZ: 0262.100-9-0947
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19475

Volle Summe einstimmig.

Abstimmung im Plenum (über die Gewährung der vollen Fördersumme):
Zustimmung, einstimmig

4. (E) Stadtbezirksbudget
Initiative "Art Schnitzel"
„ArtSchnitzel Festival 2026 - Die Kunst ist im Weg vom 20.06. - 30.06.2026“
3.500,00 € / AZ: 0262.100-9-0951
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19524

Volle Summe mehrheitlich.

Wortmeldung im Plenum:

Herr Lirawi kritisiert den geringen Anteil der Eigenmittel und plädiert für die Gewährung einer Fördersumme in Höhe von 1.500,00 Euro seitens der CSU-Fraktion.

Abstimmung im Plenum (über die Gewährung der vollen Fördersumme):
Zustimmung, mehrheitlich (u.a. gegen die Stimmen der CSU- und FDP-Fraktion)

5. (E) Stadtbezirksbudget
Schachfestival München e.V.
4. Schachfestival München und 300 jähriges Jubiläum "Philidor" vom 10.05.-07.06.2026
8.700,00€; Az. 0262.100-9-0958
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19571

2000,- € einstimmig.

Abstimmung im Plenum:

Zustimmung, einstimmig (über eine Wortmeldung des anwesenden Antragstellers)

Der Antragsteller präsentiert ein Poster zum 300-jährigen Jubiläums, das als weltweit einzigartige Veranstaltung hervorgehoben wird. Er betont, dass er als Bürger von Neuhausen auch den Kindern und Jugendlichen etwas mitgeben möchte. Im Rahmen der Veranstaltung sind verschiedene Aktivitäten geplant, darunter ein „Mädels“-Turnier, ein Turnier für „Jungen“ sowie ein Schachcamp. Es werden ausgebildete Betreuer zur Verfügung stehen, die die Kinder betreuen. Zudem sind Kinderkonzerte mit einer Einführungsveranstaltung vorgesehen, bei denen die Teilnehmer sowohl praktisch als auch optisch angesprochen werden. Ein bekannter blinder Schachspieler wurde eingeladen, um die Veranstaltung zu bereichern. Insgesamt sind 28 Tage mit verschiedenen Aktivitäten geplant. Der Antragsteller weist auf einen Eigenanteil von 25 % hin, der zur Finanzierung des Projekts beitragen soll.

Wortmeldungen von BA-Mitgliedern im Plenum:

Frau Scheunemann äußert, dass der ursprüngliche Antrag als recht dünn wahrgenommen wurde. Sie erkennt jedoch an, dass das, was während der Präsentation des Antragstellers erzählt wurde, äußerst empfehlenswert ist. Aufgrund dieser positiven Einschätzung plädiert sie für die Gewährung einer Fördersumme in Höhe von 4.000,00 € im Namen der SPD-Fraktion. Herr Lirawi schließt sich den Ausführungen von Frau Scheunemann an und plädiert ebenfalls für die Gewährung einer Fördersumme in Höhe von 4.000,00 € im Namen der CSU-Fraktion. Darüber hinaus befragt er den Antragsteller bezüglich der Möglichkeit, Schnupperkurse für Jugendliche und Rentner*innen anzubieten. Der Antragsteller informiert, dass der entsprechende Kurs im Alten- und Servicezentrum (ASZ) bereits ausgelaufen ist. Er bietet jedoch an, dass interessierte Teilnehmer*innen sich gerne direkt an ihn wenden können, falls das ASZ an einer Wiederaufnahme oder an neuen Kursen interessiert ist.

Herr Norden erkundigt sich beim Antragsteller, ob bereits eine Förderung beim Referat für Bildung und Sport beantragt wurde und er schon eine Rückmeldung erhalten habe. Außerdem zudem fragt er nach den Teilnahmegebühren für die geplanten Veranstaltungen.

Der Antragsteller informiert, dass ein anderes Mitglied den Antrag auf Förderung beim RBS gestellt hat, jedoch bisher keine Rückmeldung eingegangen ist. Er weist darauf hin, dass weiterhin nachgehakt wird. Hinsichtlich der Teilnahmegebühr teilt er mit, dass diese 150 Euro für eine Woche beträgt.

Abstimmung im Plenum (über die Gewährung einer Fördersumme in Höhe von 4.000,00 €):

Zustimmung, einstimmig

6. (E) Stadtbezirksbudget
treibgut Materialinitiative gUG
treibgut Straßenfest am 30.04.2026
2.000,00€; Az. 0262.100-9-0962
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19570

Volle Summe mehrheitlich.

Wortmeldung im Plenum:

Herr Lirawi kritisiert den geringen Anteil der Eigenmittel und plädiert für die Gewährung einer Fördersumme in Höhe von 1.500,00 Euro seitens der CSU-Fraktion.

Abstimmung im Plenum (über die Gewährung der vollen Fördersumme):

Zustimmung, mehrheitlich (u.a. gegen die Stimmen der CSU- und FDP-Fraktion)

7. (E) Stadtbezirksbudget
Init. "Friedenheimer Brücke"
„Gestaltung Fußgänger- und Radunterführung Friedenheimer Brücke vom 01.07.-31.07.2026“
1.465,00 € / AZ: 0262.100-9-0961
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19564

Hr. Norden klärt bis zum Plenum, ob die Genehmigungen vorliegen.

Volle Summe einstimmig.

Wortmeldung im Plenum:

Herr Norden informiert die Anwesenden, dass die Genehmigungen vorliegen. Das Kulturreferat wird hierzu auch einen Beitrag leisten.

Abstimmung im Plenum (über die Gewährung der vollen Fördersumme):

Zustimmung, einstimmig

8. (E) Stadtbezirksbudget
N Init. Taubenzungen Szenische Lesung "Taubenzungen" vom 01.03. -31.12.2026
911,25€; Az. 0262.100-9-0964
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19733

*Entfristung einstimmig.
Keine Förderung einstimmig.*

Wortmeldung im Plenum:

Herr Norden stellt klar, dass hier kein Stadtteilbezug vorliegt. Deshalb plädiert er für die Ablehnung des Antrags.

Abstimmung im Plenum:

Ablehnung, einstimmig

7.2 Anliegen von Bürger*innen, Anträge

1. Vorschlag für Straßenbenennung

Straße ist bereits nach Thusnelda-Lang-Brumann benannt. Dem UA ist ein vorheriges Schreiben des Antragstellers nicht bekannt.

Antwortschreiben:

*Sehr geehrte*r Frau*Herr N.N.,*

zunächst möchten wir mit Bedauern kundtun, dass Ihr erstes Schreiben auf dem Weg zu uns untergegangen sein muss. Insofern danken wir für die erneute Zusendung. Inzwischen ist die genannte Straße ja als Thusnelda-Lang-Brumann-Straße benannt worden. Daher nehmen wir an, dass Ihr Anliegen zumindest der vollständigen Benennung entsprochen werden konnte, auch wenn nach üblichem Vorgehen, aus dem von städtischer Kommission geführten Katalog ein anderer Name gewählt wurde.

Mit freundlichen Grüßen

Zustimmung, einstimmig

7.3 Anhörungen

1. BA-Anhörung: Mehrjahresinvestitionsprogramm
Fortschreibung für die Jahre 2026 bis 2030
- Bezug: TOP 9.3.2 aus 03/2026 - WV in 04/2026 (alle UA) –

Zustimmung einstimmig.

Zustimmung, einstimmig

7.4 Antwortschreiben

1. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Gestaltung einer Skatebowl sowie Kletterwand im Hirschgarten" - Antwortschreiben des KULT
K - Bezug: TOP 7.2.1 aus 02/2026 –

Kenntnisnahme

7.5 Unterrichtungen, Kenntnisnahmen

7.6 Verschiedenes

1. Berichte Veranstaltungen

2. Öffentlichkeitsarbeit des UA
3. *Hr. Norden berichtet über aktuelle Sitzung des Operativ- und Sanierungsausschuss des Kreativlabor Münchens.*

8. Unterausschuss für Bildung, Sport und Gesundheit

8.1 Entscheidungsfälle

1. (E) Stadtbezirksbudget
Kultur & Spielraum e.V.
Für Kinder in den Sommerferien: Spielstadt Mini München vom 03.-21.08.2026
4.590,00€; Az. 0262.100-9-0950
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19419

Andere BAs sind auch bereit, sich an Mini-München zu beteiligen. Es sind über 30.000 Kinder bei Mini-München aktiv.

Volle Summe einstimmig.

Wortmeldung im Plenum:

Frau Dr. Leuchtweis weist auf eine große Finanzierungslücke hin, die dringend adressiert werden muss. Sie betont, dass alle Münchner Kinder im Alter zwischen 5 und 16 Jahren die Möglichkeit haben sollen, an diesem Programm teilzunehmen.

Abstimmung im Plenum (über die Gewährung der vollen Fördersumme):

Zustimmung, einstimmig

2. (E) Stadtbezirksbudget
Förderverein GS Dom-Pedro-Platz
Selbstbehauptungskurs: "Magische Fähigkeiten" an der Dom Pedro Grundschule vom 01.05.-30.07.26
375,00€; Az. 0262.100-9-0960
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19533

Volle Summe einstimmig.

Abstimmung im Plenum (über die Gewährung der vollen Fördersumme):

Zustimmung, einstimmig

3. (E) Stadtbezirksbudget
Förderverein GS Dom-Pedro-Platz
„Digitaltag 2026: Sicher im Internet am 18.06.2026“
1.175,00 € / AZ: 0262.100-9-0959
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19522

Die CSU weist darauf hin, dass es ähnliche Konzepte auch kostenfrei bei politischen Stiftungen gibt; die Stiftungen schulen kostenfrei. Dies soll in einem Anschreiben den Antragstellern mitgeteilt werden. Der aktuelle Antrag soll aber heuer mit Mitteln des BA gefördert werden.

Volle Summe einstimmig.

Abstimmung im Plenum (über die Gewährung der vollen Fördersumme):

Zustimmung, einstimmig

4. ~~(E) Stadtbezirksbudget~~
N ~~IMMA e.V Initiative für Münchner Mädchen*~~
~~„Mädchen*fest "RosaPark" am 12.06.2026“~~
~~345,00 € / AZ: 0262.100-9-0957~~
Hinweis: Antrag wurde zurückgenommen

5. (E) Stadtbezirksbudget
Beratungsdienste der Arbeiterwohlfahrt München gGmbH
„Selbstbehauptungstraining "Stark wie ein Löwe" vom 05.-19.03.2026“
920,00 € / AZ: 0262.100-9-0933
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19412

Volle Summe einstimmig.

Abstimmung im Plenum (über die Gewährung der vollen Fördersumme):

Zustimmung, einstimmig

6. (E) Stadtbezirksbudget
KJR München Stadt - Einrichtung "Oase Neuhausen"
„Projekt "Gut Drauf: Ernährung, Bewegung, Entspannung" vom 01.04.2026.31.03.2027“
1.440,00 € / AZ: 0262.100-9-0953
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19525

Volle Summe einstimmig.

Abstimmung im Plenum (über die Gewährung der vollen Fördersumme):

Zustimmung, einstimmig

8.2 Anliegen von Bürger*innen, Anträge

1. Notbetreuung durch Personalmangel bzw. erhöhte Krankheitsfälle durch Überlastung im HfK Südliche Auffahrtsallee 80

*Interne Diskussion: Die Stadt arbeitet mit Nachdruck daran, mehr Personal auszubilden und zu rekrutieren. Hier sieht der BA keine Möglichkeit, weiter zielführend einzugreifen. Interessant wäre aber, ob die Stadt eine interne Handlungsanweisung hat, wie in der konkreten Mangelsituation gehandelt wird - verkürzte Betreuungszeiten bei Personalmangel: Wie wird mit den Eltern kommuniziert? Wie wird der Mangel verwaltet? Wie können die Eltern entscheiden über Restbetreuungszeiten? Daher wird der UA ein Schreiben an das RBS senden mit der Bitte, diese Frage „Umgang in der Akutsituation Personalmangel“ zu beantworten bzw. ggf. einen Leitfaden für solche Situationen zu erstellen
Einstimmig.*

Abstimmung im Plenum:

Zustimmung, einstimmig (über eine Wortmeldung einer Bürgerin)

Die Bürgerin aus dem Stadtbezirk äußert, dass mehrere Eltern von der aktuellen Situation der Kinderbetreuung betroffen sind. Sie berichtet, dass eine zuvor festgelegte Buchungszeit aufgrund der Notbetreuung in den Einrichtungen nicht mehr gültig ist. Diese Änderung hat dazu geführt, dass die Eltern ihre zeitlichen Planungen anpassen mussten und einige Kinder von der Betreuung ausgeschlossen wurden. Die Bürgerin kritisiert die Anforderung, dass alle Eltern einen bestimmten Tag angeben sollen, an dem ihr Kind nicht betreut werden kann, und dass dies bis Ende Juli gilt. Sie stellt in Frage, ob sie für diese Zeit Urlaub nehmen sollte, was für viele Eltern untragbar sei. Diese Problematik betrifft sowohl den Kindergarten als auch den Hort.

Die Bürgerin betont, dass es nicht möglich ist, ihr Kind im Homeoffice zu betreuen oder mit zur Arbeit zu nehmen. Sie empfindet die Situation als untragbar, da keiner der Eltern in der Lage ist, einen geeigneten Tag anzubieten. Zusätzlich weist sie darauf hin, dass sie weiterhin die Gebühren für den Kindergarten entrichtet und fordert, dass adäquates Personal eingestellt wird, damit sie sich darauf verlassen kann, dass ihr Kind ordnungsgemäß betreut wird.

Frau Knorr-Köning erklärt, dass sie das von der Bürgerin geschilderte Problem kennt und ihre Bedenken teilt. Sie berichtet, ebenfalls eine derartige E-Mail erhalten zu haben, die auf die Herausforderungen in der Kinderbetreuung hinweist. Frau Knorr-Köning hebt hervor, dass immer wieder alarmierende Meldungen über die Situation in den Einrichtungen an sie herangetragen werden. Sie identifiziert das zentrale Problem nicht im finanziellen Bereich, sondern vielmehr in der Personaldecke der Einrichtungen. Frau Knorr-Köning schlägt vor, dass eine mögliche Lösung darin bestehen könnte, das Gespräch mit den Eltern zu suchen, um gemeinsam an Lösungen zu arbeiten und die Bedürfnisse der Familien zu berücksichtigen. Darüber hinaus regt sie an, bei der Stadt nachzufragen, ob es realisierbar wäre, dass sich die verschiedenen Einrichtungen zusammenschließen, um Synergien zu schaffen und die Situation zu verbessern.

Frau Dr. Wirts informiert darüber, dass die Personalsituation in mehreren Einrichtungen, wie in Tagesordnungspunkt 8.2.2 aufgeführt, angespannt ist. Sie stellt fest, dass es an Fachkräften mangelt und die Stadt sich zwar um die Personalbeschaffung bemüht, jedoch auf erhebliche Schwierigkeiten stößt, da die Bezahlung als unzureichend wahrgenommen wird. Frau Dr. Wirts hebt hervor, dass dies nicht nur ein kurzfristiges Problem sei, sondern ein langfristiges Thema, das auch die Gewerkschaftsarbeit betrifft. Zusätzlich schlägt sie vor, dass sich die Eltern zusammenschließen und zu erfragen, ob eine Gemeinschaftsinitiative zur Betreuung sinnvoll wäre.

Die Bürgerin äußert, dass die aktuelle Situation das gesamte Kindergartenjahr betrifft und als absurd empfunden wird, insbesondere angesichts des bekannten Fachkräftemangels. Sie hebt hervor, dass die Aussichten für die Zukunft nicht besser erscheinen und die Herausforderungen weiterhin bestehen bleiben. Des Weiteren betont sie, dass vorab vollumfängliche Zusicherungen hinsichtlich der Betreuung gemacht wurden, die in der aktuellen Situation jedoch nicht eingehalten werden konnten.

Eine Mitarbeiterin vom Referat für Bildung und Sport, die an der Sitzung teilnimmt, berichtet über den gegenwärtigen Stand in der Einrichtung. Sie informiert, dass am 16. April ein Elternabend stattgefunden hat. In der Südlichen Auffahrtsallee ist ein Engpass an Fachkräften zu verzeichnen, jedoch ist kein akuter Mangel festzustellen. Derzeit gibt es eine unbesetzte Stelle, die im kommenden Jahr als Praktikumsstelle ausgeschrieben werden soll. Die Mitarbeiterin hebt hervor, dass kurzfristige krankheitsbedingte Ausfälle auftreten. Um den Eltern Planungssicherheit zu gewährleisten, wurden kurzfristige Notmaßnahmen ergriffen, die auch die Öffnungszeiten der Einrichtung betreffen. Aktuell werden die Ausfälle durch sogenannte „Springer“ abgedeckt, wobei auch diese erkrankt sind. Diese Situation wird als bedauerlich beschrieben. Dennoch wurde die Möglichkeit ergriffen, eine 4-Tage-Woche anzubieten, um die Förderung der Kinder an erster Stelle zu setzen. Die Mitarbeiterin erläutert, dass ein roulierendes System implementiert wurde, bei dem die Betreuung an einem Tag in der Woche selbst übernommen wird. Sie ermutigt die Eltern, sich zusammenschließen, um gemeinsam an einer Verbesserung der Situation zu arbeiten, da die Herausforderungen durch Krankheiten und andere Umstände weiterhin bestehen bleiben.

Abstimmung im Plenum (Schreiben an RBS mit den o. g. Fragen):

Zustimmung, einstimmig

2. Personalkrise Kita Wichtelakademie Neuhausen – Bitte um politische Unterstützung

Weiterleitung an das RBS (Ansprechpartner RBS: Geschäftsbereich KITA Abteilung Freie Träger) mit der Bitte um Stellungnahme.

Einstimmig.

Zustimmung, einstimmig

3. SPD-Fraktion: Antrag - Schülerlotsen sollen Aufwandsentschädigung erhalten - Pilotprojekt Schulcampus Albrechtstraße

Einstimmig.

Zustimmung, einstimmig

4. CSU-Fraktion: Antrag - KI-Unterstützung für die BA-Arbeit – datenschutzkonform und freiwillig
WV

06/ *In der Diskussion kommt die Frage auf, ob das städtische Tool „MUC-GPT“ für die Mitglieder*
20 *des Bezirksausschuss genutzt werden könnte und ob dieses zur Verfügung gestellt werden*
26 *kann.*

Vertagt auf Juni 2026 mit der Bitte, dass im Antrag verstärkt auf MUCGPT Bezug genommen wird.

Einstimmig so beschlossen.

Zustimmung, einstimmig

8.3 Anhörungen

1. BA-Anhörung: Mehrjahresinvestitionsprogramm Fortschreibung für die Jahre 2026 bis 2030
- Bezug: TOP 9.3.2 aus 03/2026 - WV in 04/2026 (alle UA) –

Schreiben an die Stadtverwaltung mit der Frage, in welchem Finanzierungstopf die Sanierung der Dom-Pedro-GS und der Rudolf-Diesel-Realschule stecken, da sie nicht im MIP gelistet sind. Wir fragen außerdem nach, ob es ein Zeitplan für die Sanierung des Käthe-Kollwitz-Gymnasiums gibt.

Einstimmig.

Zustimmung, einstimmig

8.4 Antwortschreiben

1. Anfrage an die LHM: Planungsstand und Sanierungsmaßnahmen an verschiedenen Bildungseinrichtungen im Stadtbezirk - Antwortschreiben des RBS
K
- Bezug: TOP 8.2.2 und 8.2.3 aus 03/2026 –

Kenntnisnahme. Bereits im Vormonat behandelt.

8.5 Unterrichtungen, Kenntnisnahmen

1. Bildungsbauoffensive – Maßnahmenbeschluss 2025;
K Ergebnisse gemäß Auftrag aus dem Beschluss zum Interfraktionellen Arbeitskreis Schul- und Kitabau und zur investiven Konsolidierung im Bildungsbau
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18315

Kenntnisnahme. Einstimmig so beschlossen.

2. Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten"
K Münchner Sportclub e.V., Eberwurzstraße 28,
Bewerbung für das Bundesprogramm,
Hallenabriss sowie Errichtung einer Kaltfluthalle
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18723

Kenntnisnahme. Einstimmig so beschlossen.

8.6 Verschiedenes

1. Öffentlichkeitsarbeit des UA

OASE und Schulen werden gefördert. Einstimmig.

9. Anhörungen, Unterrichtungen, Schriftwechsel und Informationen

9.1 Entscheidungsfälle

9.2 Anliegen von Bürger*innen, Anträge

9.3 Anhörungen

1. Veranstaltung auf öffentlichem Verkehrsgrund gem. §29 der StVO;
Hier: ADAC InfoVA am 16.06.2026 auf dem Rainer-Werner-Fassbinder-Platz
- Stellungnahmeersuchen des KVR mit Frist bis zum 01.05.2026 –
Zustimmung, einstimmig
2. Veranstaltung im Freien in einer städtischer Grünanlage
Hier: Nachbarschaftsflohmarkt in der Schloßschmidstraße am 27.06.2026
- Stellungnahmeersuchen des KVR mit Frist bis zum 30.04.2026 –
Zustimmung, einstimmig
3. BA-Anhörung für Sondernutzung;
Hier "Fahrradsicherheitscheck" und „Mobile Fahrradwerkstatt“ ab 06.06.2026
- Stellungnahmeersuchen des KVR mit Frist bis zum 12.05.2026 –
Zustimmung, einstimmig
4. Veranstaltung auf öffentlichem Verkehrsgrund gem. §29 der StVO;
Hier: Spielstraße Hanebergstraße ab 28.05.2026 und weitere Termine
- Stellungnahmeersuchen des KVR mit Frist bis zum 30.04.2026 –
Zustimmung, einstimmig
5. Veranstaltung auf öffentlichem Verkehrsgrund gem. §29 der StVO;
Hier: WerbeVA Alpentouristik Schäfer am 15.07.2026 auf dem Rotkreuzplatz
- Stellungnahmeersuchen des KVR mit Frist bis zum 22.05.2026 –
Zustimmung, einstimmig
6. Veranstaltung auf öffentlichem Verkehrsgrund gem. §29 der StVO;
Hier: Straßenfest Donnersbergerstraße am 25.07.2026
- Stellungnahmeersuchen des KVR mit Frist bis zum 22.05.2026 –
Zustimmung, einstimmig
7. Veranstaltung in einer Grünanlage;
N Hier: Tollwood Sommerfestival 2026 auf dem Theaterfestivalgelände (Spiridon-Louis-Ring)
vom 19.06.2026 bis 19.07.2026;
- Stellungnahmeersuchen des KVR mit Frist bis zum 29.04.2026 (bzgl. Auf- und Abbau), bis
zum 22.05.2026 (Veranstaltung) –

Nach kurzer Diskussion im Gremium schlägt Frau Nasko vor, dem Anhörungsverfahren grundsätzlich zuzustimmen. Allerdings mit der Anmerkung, bei zukünftigen Anhörungen, die insbesondere Veranstaltungen auf dem Theaterfestivalgelände betreffen, dem BA eine frühzeitigere Beteiligung einzuräumen.

Dies wurde dem BA auch bei einem vergangenen Ortstermin im Olympiapark im Jahre 2024 seitens der Verwaltung zugesichert.

Zustimmung, einstimmig

9.4 Antwortschreiben

1. Stadtbezirksbudget effizient nutzen – Mittelreste aus Vorjahren vorrangig einsetzen

K BA-Antrag Nr. 20-26 / B 08516

Kenntnisnahme

2. Antrag - Schulungen für BA-Mitglieder anbieten

K - Bezug: TOP 9.2.3 aus 12/2025 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 08511

Kenntnisnahme

3. BA 9: BA-Schaukasten am Standort Erika-Mann-Straße

WV - Bezug: TOP 9.4.8 aus 12/2025 - WV in 01/2026 - WV in 02/2026 - WV in 03/2026 - WV in
06/ 04/2026 -

20 BA-Antrag Nr. 20-26 / B 07913

26

Herr Lipkowitsch erläutert, dass eine „echte“ Rückmeldung noch aussteht. Das Thema wurde aber bereits an die zuständigen Stellen weitergeleitet. Der Tagesordnungspunkt soll somit nochmals auf die Juni-Sitzung vertagt werden.

Zustimmung, einstimmig

9.5 Unterrichtungen, Kenntnisnahmen

1. Veranstaltungen in städtischen Grünanlagen sowie auf Privatgrund;

K Hier: bezirksübergreifende Spielaktionen der Arbeitsgemeinschaft Spiellandschaft Stadt, Mai bis Oktober 2026,
in den Bezirken 2, 3, 4, 6, 7, 8, 9 (5 Aktionen), 10 (9 Aktionen), 12, 13, 16 (5 Aktionen),
18, 20, 22 (21 Aktionen) und 24 gemäß beiliegender Liste (Stand 09.03.2026),
Bewegungs- und Kreativspiele, PAX 100
- Stellungnahmeersuchen des KVR mit Frist bis zum 20.04.2026 -
- Stellungnahme der BA-Vorsitzenden –

Kenntnisnahme

2. Veranstaltung im Freien in einer städtischen Grünanlage

K Hier: Gottesdienst im Grünwaldpark am 29.05.2026
- Stellungnahmeersuchen des KVR mit Frist bis zum 17.04.2026 -
- Stellungnahme der BA-Vorsitzenden –

Kenntnisnahme

3. Informationsschreiben zum GeoPortal München

K

Kenntnisnahme

9.6 Verschiedenes

1. Hinweise zur Konstituierung der Bezirksausschüsse in der kommenden Amtsperiode

K

Kenntnisnahme

2. Teilnahmemöglichkeit der Bezirksausschüsse am Stadtgeburtstag - Rückmeldung aus den Fraktionen bzgl. der Teilnehmer*innen
- Bezug: TOP 9.6.1 aus 03/2026 - WV in 04/2026 –

Der Bezirksausschuss wird mit acht Personen aus verschiedensten Fraktionen (Die Grünen, CSU, SPD, FDP und Die LINKE) an der Veranstaltung teilnehmen. Dies soll der Verwaltung weitergegeben werden.

Zustimmung, einstimmig

10. Nicht-öffentliche Sitzung

Sitzungstermine und -orte der Unterausschüsse:

Umwelt	Montag, 20.04.2026, 18:00 Uhr, Trafo-Neuhausen, Nymphenburger Str. 171 a
Verkehr	Dienstag, 21.04.2026, 19:00 Uhr, Trafo-Neuhausen, Nymphenburger Str. 171 a
Bau	Mittwoch, 22.04.2026, 18:00 Uhr, Trafo-Neuhausen, Nymphenburger Str. 171 a
Kultur	Mittwoch, 22.04.2026, 19:30 Uhr, Trafo-Neuhausen, Nymphenburger Str. 171 a
Soziales	Donnerstag, 23.04.2026, 18:00 Uhr, Trafo-Neuhausen, Nymphenburger Str. 171 a
Bildung	Donnerstag, 23.04.2026, 19:30 Uhr, Trafo-Neuhausen, Nymphenburger Str. 171 a

Sitzungsende: 22:19 Uhr

Leonie, Lobinger
Vorsitzende

Protokoll
D-II-BA